A1

Antrag

Initiator*innen: Vorstand

Titel: **Statutenantrag 1**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

§6 Abs 2 wird wie folgt geändert:

(2) Ordentliche und außerordentliche Mitglieder der JUNOS Schüler_innen haben bei der Mitgliederversammlung Rede-, Antragsstellungs- und Stimmrecht sowie aktives Wahlrecht. Ordentlichen Mitgliedern kommt passives Wahlrecht für alle wählbaren Funktionen zu. Außerordentliche Mitglieder besitzen passives Wahlrecht für wählbare Funktionen, welche nicht Mitglieder des erweiterten Vorstands sind. Nicht-Mitgliedern kommt bei der Mitgliederversammlung nur Rederecht und passives Wahlrecht bei Abstimmungen zur Listenerstellung für die Wahl zu den LSV - Landesschüler_innenvertretungen sowie zur Wahl der Rechnungsprüferinnen, des Schiedsgerichts und der Vertrauensstelle zu.

§8 Abs 2 wird wie folgt geändert:

(2) Die Organe der Bundesorganisation sind:

a. Die Mitgliederversammlung

b. Der erweiterte Vorstand

c. Der Vorstand

d. Das Schiedsgericht

e. Die Rechnungsprüfer

f. Die Vertrauensstelle

Nach §16 wird folgendes eingefügt:

§17 Die Vertrauensstelle

(1) Die Vertrauensstelle besteht aus zwei durch die Mitgliederversammlung gewählten

Vertrauenspersonen.

(2) Diese Vertrauenspersonen haben von unterschiedlichem Geschlecht zu sein. Sie müssen jedenfalls bei ihrem Amtsantritt jünger als 25 Jahre sein.

(3) Die Vertrauenspersonen dürfen in keinem gewählten Organ der jungen liberalen

Schüler_innen – JUNOS vertreten sein.

(4) Die Vertrauenspersonen prüfen die Behandlung, Umsetzung und Ausführung

der Beschlüsse der Mitgliederversammlung durch den Vorstand und den

erweiterten Vorstand und legen hierzu jeder Mitgliederversammlung eine

schriftliche Übersicht vor.

(5) Aufgabe der Vertrauenspersonen ist es außerdem, bei internen Streitigkeiten

und jeder Art von sozialen Konflikten nach Möglichkeiten zu schlichten. Vor einer

etwaigen Anrufung des Schiedsgerichtes durch die Streitparteien, soll nach

Möglichkeiten die Vertrauensstelle mit der entsprechenden Problematik befasst

werden.

A1NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Statutenantrag 1**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

§6 Abs 2 wird wie folgt geändert:

(2) Ordentliche und außerordentliche Mitglieder der JUNOS Schüler_innen haben bei der Mitgliederversammlung Rede-, Antragsstellungs- und Stimmrecht sowie aktives Wahlrecht. Ordentlichen Mitgliedern kommt passives Wahlrecht für alle wählbaren Funktionen zu. Außerordentliche Mitglieder besitzen passives Wahlrecht für wählbare Funktionen, welche nicht Mitglieder des erweiterten Vorstands sind. Nicht-Mitgliedern kommt bei der Mitgliederversammlung nur Rederecht und passives Wahlrecht bei Abstimmungen zur Listenerstellung für die Wahl zu den LSV - Landesschüler_innenvertretungen sowie zur Wahl der Rechnungsprüferinnen, des Schiedsgerichts und der Vertrauensstelle zu.

§8 Abs 2 wird wie folgt geändert:

(2) Die Organe der Bundesorganisation sind:

a. Die Mitgliederversammlung

b. Der erweiterte Vorstand

c. Der Vorstand

d. Das Schiedsgericht

e. Die Rechnungsprüfer

f. Die Vertrauensstelle

Nach §16 wird folgendes eingefügt:

§17 Die Vertrauensstelle

(1) Die Vertrauensstelle besteht aus zwei durch die Mitgliederversammlung gewählten

Vertrauenspersonen.

(2) Diese Vertrauenspersonen haben von unterschiedlichem Geschlecht zu sein. Sie müssen jedenfalls bei ihrem Amtsantritt jünger als 25 Jahre sein.

(3) Die Vertrauenspersonen dürfen in keinem gewählten Organ der jungen liberalen

Schüler_innen – JUNOS vertreten sein.

(4) Die Vertrauenspersonen prüfen die Behandlung, Umsetzung und Ausführung

der Beschlüsse der Mitgliederversammlung durch den Vorstand und den

erweiterten Vorstand und legen hierzu jeder Mitgliederversammlung eine

schriftliche Übersicht vor.

(5) Aufgabe der Vertrauenspersonen ist es außerdem, bei internen Streitigkeiten

und jeder Art von sozialen Konflikten nach Möglichkeiten zu schlichten. Vor einer

etwaigen Anrufung des Schiedsgerichtes durch die Streitparteien, soll nach

Möglichkeiten die Vertrauensstelle mit der entsprechenden Problematik befasst

werden.

A2

Antrag

Initiator*innen: Vorstand

Titel: **Statutenantrag 2**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

§ 6 Abs 2 wird wie folgt geändert:

(2) Ordentliche und außerordentliche Mitglieder der JUNOS Schüler_innen haben bei der Mitgliederversammlung Rede-, Antragsstellungs- und Stimmrecht sowie aktives Wahlrecht. Ordentlichen Mitgliedern kommt passives Wahlrecht für alle wählbaren Funktionen zu. Außerordentliche Mitglieder besitzen passives Wahlrecht für wählbare Funktionen, *mit Ausnahme der Funktion der Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden, der Geschäftsführerin und der Landesvorsitzenden*. Nicht-Mitgliedern kommt bei der Mitgliederversammlung nur Rederecht und passives Wahlrecht bei Abstimmungen zur Listenerstellung für die Wahl zu den LSV - Landesschüler_innenvertretungen sowie zur Wahl der Rechnungsprüferinnen, des Schiedsgerichts und der Vertrauensstelle zu.

A2NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Statutenantrag 2**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

§ 6 Abs 2 wird wie folgt geändert:

(2) Ordentliche und außerordentliche Mitglieder der JUNOS Schüler_innen haben bei der Mitgliederversammlung Rede-, Antragsstellungs- und Stimmrecht sowie aktives Wahlrecht. Ordentlichen Mitgliedern kommt passives Wahlrecht für alle wählbaren Funktionen zu. Außerordentliche Mitglieder besitzen passives Wahlrecht für wählbare Funktionen, *mit Ausnahme der Funktion der Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden, der Geschäftsführerin und der Landesvorsitzenden*. Nicht-Mitgliedern kommt bei der Mitgliederversammlung nur Rederecht und passives Wahlrecht bei Abstimmungen zur Listenerstellung für die Wahl zu den LSV - Landesschüler_innenvertretungen sowie zur Wahl der Rechnungsprüferinnen, des Schiedsgerichts und der Vertrauensstelle zu.

A3

Antrag

Initiator*innen: Vorstand

Titel: **Statutenantrag 3**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

§15 Abs 1 wird wie folgt geändert:

(1) Fünf Mitglieder mit Hauptwohnsitz im selben Bundesland können einen Antrag auf Errichtung eines Landesverband stellen. Ein Landesverband stellt dabei eine Unterorganisation der JUNOS Schüler_innen (Zweigstelle) dar. Für Landesverbände, welche als Zweigstelle eingerichtet werden, gelten die zur Organisation im Bundesland aufgeführten Bestimmungen dieses Statutes.

Nach §15 Abs 1 wird folgendes eingefügt:

(2) Es obliegt dem erweiterten Vorstand, mit einfacher Mehrheit, diesem Ansuchen entweder stattzugeben, oder es, mit schriftlicher Begründung, abzulehnen.

A3NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Statutenantrag 3**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

§15 Abs 1 wird wie folgt geändert:

(1) Fünf Mitglieder mit Hauptwohnsitz im selben Bundesland können einen Antrag auf Errichtung eines Landesverband stellen. Ein Landesverband stellt dabei eine Unterorganisation der JUNOS Schüler_innen (Zweigstelle) dar. Für Landesverbände, welche als Zweigstelle eingerichtet werden, gelten die zur Organisation im Bundesland aufgeführten Bestimmungen dieses Statutes.

Nach §15 Abs 1 wird folgendes eingefügt:

(2) Es obliegt dem erweiterten Vorstand, mit einfacher Mehrheit, diesem Ansuchen entweder stattzugeben, oder es, mit schriftlicher Begründung, abzulehnen.

A4

Antrag

Initiator*innen: Vorstand

Titel: **Statutenantrag 4**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

Nach §11 Abs 6 wird folgendes eingefügt:

(7) Dem erweiterten Vorstand ist es möglich, mit einfacher Mehrheit Mitglieder zu kooptieren. Diese besitzen Rede- aber kein Stimmrecht.

A4NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Statutenantrag 4**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

Nach §11 Abs 6 wird folgendes eingefügt:

(7) Dem erweiterten Vorstand ist es möglich, mit einfacher Mehrheit Mitglieder zu kooptieren. Diese besitzen Rede- aber kein Stimmrecht.

A5

Antrag

Initiator*innen: Vorstand

Titel: **Statutenantrag 5**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

§14 Abs 1 wird wie folgt abgeändert:

(1) Für die Erstellung der drei Wahlvorschläge für die drei Bereiche (AHS, BMHS,BS) werden im betroffenen Bundesland Vorwahlen durchgeführt. Alle Mitglieder der JUNOS Schüler_innen, sowie alle österreichischen Schülerinnen, sind berechtigt in ihrem Bereich zu kandidieren sofern sie passives Wahlrecht bei der LSV – Wahl haben.

§14 Abs 2 wird wie folgt abgeändert:

(2) Mindestens sechs Wochen vor dem Beginn der Vorwahlen muss die Möglichkeit zur Eintragung als Kandidatin öffentlich angekündigt werden. Während mindestens der ersten zwei Wochen nach dieser Ankündigung können sich Kandidatinnen online für eine Kandidatur anmelden. Dafür ist die Erfüllung der in §14 Abs. 1 beschriebenen Kriterien nötig.

§14 Abs 3 wird wie folgt abgeändert:

(3) Sollten nach Ablaufen dieser Frist weniger oder gleich viele Kandidatinnen in einem Bereich angemeldet sein, als es Mandate zu gewinnen gibt, wird den Kandidatinnen die Möglichkeit gegeben eine Konsensliste zu erstellen.

§14 Abs 5, Abs 6, Abs 7 und Abs 8 werden gestrichen.

§14 Abs 9 wird wie folgt abgeändert:

(5) In einer Sitzung des Vorstands stellen sich alle Kandidierenden einer ersten Wahl. Jedes Mitglied des Vorstands hat dabei fünf Kandidierende zwischen fünf und einem Vertrauenspunkt zu geben (5/4/3/2/1). Gültig ist eine Stimmabgabe nur, wenn genau fünf Kandidierenden aus dem Vorschlag mit entsprechenden Vertrauenspunkten versehen wurden. Sollte es weniger Kandidierende geben, kann man maximal so viele Punkte wie Kandidaten vergeben. Die Anzahl der hierbei erzielten Vertrauenspunkte wird durch die Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen dividiert, das Ergebnis bildet den Vorstands-Vorschlag.

§14 Abs 10 wird zu Abs 6

§14 Abs 11 wird zu Abs 7

§14 Abs 12 wird zu Abs 8

§14 Abs 13 wird wie folgt abgeändert:

(9) Die Vertrauenspunkte des Vorstandsvorschlags und des Mitgliedervorschlags werden addiert, wobei die Vertrauenspunkte des Mitgliedervorschlags doppelt gewertet werden. Daraus ergibt sich verbindlich die Liste für den gereihten Wahlvorschlag.

A5NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Statutenantrag 5**

Antragstext

Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten vorzunehmen:

§14 Abs 1 wird wie folgt abgeändert:

(1) Für die Erstellung der drei Wahlvorschläge für die drei Bereiche (AHS, BMHS,BS) werden im betroffenen Bundesland Vorwahlen durchgeführt. Alle Mitglieder der JUNOS Schüler_innen, sowie alle österreichischen Schülerinnen, sind berechtigt in ihrem Bereich zu kandidieren sofern sie passives Wahlrecht bei der LSV – Wahl haben.

§14 Abs 2 wird wie folgt abgeändert:

(2) Mindestens sechs Wochen vor dem Beginn der Vorwahlen muss die Möglichkeit zur Eintragung als Kandidatin öffentlich angekündigt werden. Während mindestens der ersten zwei Wochen nach dieser Ankündigung können sich Kandidatinnen online für eine Kandidatur anmelden. Dafür ist die Erfüllung der in §14 Abs. 1 beschriebenen Kriterien nötig.

§14 Abs 3 wird wie folgt abgeändert:

(3) Sollten nach Ablaufen dieser Frist weniger oder gleich viele Kandidatinnen in einem Bereich angemeldet sein, als es Mandate zu gewinnen gibt, wird den Kandidatinnen die Möglichkeit gegeben eine Konsensliste zu erstellen.

§14 Abs 5, Abs 6, Abs 7 und Abs 8 werden gestrichen.

§14 Abs 9 wird wie folgt abgeändert:

(5) In einer Sitzung des Vorstands stellen sich alle Kandidierenden einer ersten Wahl. Jedes Mitglied des Vorstands hat dabei fünf Kandidierende zwischen fünf und einem Vertrauenspunkt zu geben (5/4/3/2/1). Gültig ist eine Stimmabgabe nur, wenn genau fünf Kandidierenden aus dem Vorschlag mit entsprechenden Vertrauenspunkten versehen wurden. Sollte es weniger Kandidierende geben, kann man maximal so viele Punkte wie Kandidaten vergeben. Die Anzahl der hierbei erzielten Vertrauenspunkte wird durch die Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen dividiert, das Ergebnis bildet den Vorstands-Vorschlag.

§14 Abs 10 wird zu Abs 6

§14 Abs 11 wird zu Abs 7

§14 Abs 12 wird zu Abs 8

§14 Abs 13 wird wie folgt abgeändert:

(9) Die Vertrauenspunkte des Vorstandsvorschlags und des Mitgliedervorschlags werden addiert, wobei die Vertrauenspunkte des Mitgliedervorschlags doppelt gewertet werden. Daraus ergibt sich verbindlich die Liste für den gereihten Wahlvorschlag.

A6

Antrag

Initiator*innen: Vorstand

Titel: **Leitantrag - Ein liberaler Fahrplan zur klimafreundlichen und ökologischen Schule**

Antragstext

Ein liberaler Fahrplan zur klimafreundlichen und ökologischen Schule

Der Klimawandel ist eine historische Herausforderung. Auch das österreichische Schulsystem muss sich ihr stellen. Eine effiziente Ökologisierung kann aber nur funktionieren, wenn man alle Akteur_innen rund um die Schule einbindet, und die Schule ganzheitlich betrachtet. Wir wollen hier nicht auf Symbolpolitik oder zentrale Vorgaben setzten, sondern die lokale Kreativität der Schulstandorte entfesseln.

In der Schule

Der reguläre Schulalltag ist von Ressourcenverschwendung geprägt. Sätze wie „Ich kopiere dir das schnell“ hört jede_r Schüler_in nahezu täglich. Dieses Verhalten muss sich ändern, und hier können marktwirtschaftliche Anreize außerordentlich nützlich sein.

Belohnungssysteme als Anreiz

Genauso wie es jetzt schon vereinzelt passiert, sollte ein Belohnungssystem geschaffen werden, dass alle Schulen mit Öffentlichkeitsrecht betrifft. Als Basis für dieses System wollen wir die Schulen anhand ihres ökologischen Fußabdruckes ranken. Dieser soll sich aus Angaben der Schulen selbst nähern, wobei es zu stichprobenartigen Überprüfungen kommen sollte. Berücksichtigt werden soll hier natürlich nur, was im Kompetenzbereich des Schulstandortes

liegt.

Um einen Anreiz für klimafreundliches Verhalten zu setzen, bekommen Schulen für eine Verbesserung ihrer Position in diesem Ranking einmalige Zuschüsse.

→ Wir fordern ein Belohnungssystem für alle Schulen mit Öffentlichkeitsrecht, dass Verbesserungen von Schulen im Rahmen eines Rankings belohnt werden.

Einmalige Öko-Challenge zur Unterstützung

Es ist von großer Bedeutung, dass neben dem finanziellen Anreiz auch die nötige Unterstützung für Schulen zur Verfügung gestellt wird. Der Rahmen einer “Öko-Challenge”, angelehnt an die sehr erfolgreiche “London School Challenge”, bietet sich hier an.

Während im Rahmen der “London School Challenge” die Schulen, deren Schüler_innen besonders schlechte Ergebnisse bei den Abschlussprüfungen erzielt haben, gezielt organisatorisch unterstützt wurden, wollen wir die Schulen mit dem größten ökologischen Fußabdruck unterstützten.

Einen zentralen Anteil am Erfolg der “London School Challenge” hat der verstärkte Wissensaustausch unter den Standorten. Man sollte im Rahmen der “Öko-Challenge” bewusst Schulen dabei unterstützen, Projekte umzusetzen, die bei anderen Schulen bereits funktioniert haben. Diese Projekte könnten auch subventioniert sein.

→ Wir fordern eine einmalige Öko-Challenge für Österreichs Schulen, in welcher die 10% der Schulen mit dem größten ökologischen Fußabdruck gezielt dabei unterstützt werden, diesen zu verringern.

Schüler_innenprojekte stärker fördern

Die Ökologisierung von Schulen sollte natürlich nicht nur den Schulalltag nachhaltiger gestalten, sondern auch die Schüler_innen in die Ökologisierung der Schulen einbinden und ihnen eine Chance geben aktiv etwas beizutragen. Es gilt den Schüler_innen diese Möglichkeit zu bieten.

Natürlich können solche Projekte, die von Schüler_innen forciert werden, Geld kosten. Ein Fördertopf soll für die Subventionierung von Projekten in diesem Rahmen durch den Bund bereitgestellt werden. Diese Förderung sollte, um allen

zugänglich zu sein, einfach zu beantragen, und unbürokratische sein.

Um maximale Transparenz zu garantieren und sicherzustellen, dass die geförderten Projekte die vorgeschriebenen Ziele verfolgen, müssen die wichtigsten Schritte dokumentiert werden. Dies soll im Idealfall Online geschehen und direkt in die Öko-Challenge eingerechnet werden.

Bereits durchgeführte Projekte, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Fahrrädern für den Transport zur Schule für Schüler_innen sollten den Schüler_innen über eine Website zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich sollen die nötigen Informationen und die Unterstützung von Experten für die Durchführung dieser Projekte bereitgestellt werden. Dadurch können auch andere Schüler_innen von anderen Standorten inspiriert werden.

→ Wir fordern, dass Schüler_innen bei Projekten zur Ökologisierung ihrer Schule unterstützt werden, sowohl finanziell, als auch durch die zentrale Veröffentlichung von Projekten, die bereits an einer anderen Schule durchgeführt wurden.

Um die Schule herum

Vieles, was für uns zum Schulalltag gehört, liegt nicht in der Kompetenz des Standorts selbst. Doch auch hier liegt viel Handlungsbedarf. Eine Ökologisierung des Schulgebäudes und der Schulwege spielt eine sehr wichtige Rolle um das Ideal einer klimafreundlichen Schule zu erreichen. Auch hier sollte, wo es möglich ist, auf marktwirtschaftliche Anreize gesetzt werden. Doch auch Mindeststandards, insbesondere bei Neubauten, sind sinnvoll.

Die Verantwortung des Schulträgers

Ökologische Standards bei Neubauten

Der mit Abstand wichtigste Schritt in der Ökologisierung von Schulen ist die Erneuerung von Heizung und Energie. Wärme und Strom sind für rund 65% der durch Schulen verursachten Co2-Emissionen verantwortlich, dadurch gibt es hier besonders viel Raum für Verbesserung. Hier muss jedoch der Schulträger aktiv werden.

Die Renovierungs- und Baustandards für Schulen sollen über die nächsten Jahren modernisiert werden um die Installation von Photovoltaikanlagen und nachhaltigen Heizungen wie Solarheizsysteme inkludieren. Zusätzlich soll

festgelegt werden, dass die Baustoffe, welche zur Erbauung der Schule genutzt werden, nachwachsend, gut recyclebar und energiearm in ihrer Herstellung sind.

Auch simple Maßnahmen, wie zum Beispiel Außenjalousien, sollten bei Neubauten von Schulen verpflichtend sein.

→ Wir fordern also, dass alle neugebauten Schulen gewissen ökologischen Standards entsprechen müssen.

Aufnahme der Schulträger in das europäische Emissionshandelssystem (ETS)

Bereits heute gibt es auf europäischer Ebene ein sogenanntes Emissionshandelsystem (ETS). Dieses stipuliert, dass Industriebetriebe Zertifikate kaufen müssen, um CO2 ausstoßen zu dürfen. Jedes Unternehmen bekommt ein jährliches CO2-Budget, welches Jahr für Jahr etwas geringer ausfällt. Stößt es weniger CO2 aus, kann es überschüssige Zertifikate auf dem freien Markt verkaufen. Umgekehrt muss ein Unternehmen, das die vorgegebenen Ziele nicht erreicht, Zertifikate zukaufen.

Dieses System wollen wir auf die Schulträger ausweiten. Je mehr CO2 ein Schulgebäude verbraucht, umso mehr Zertifikate muss der Schulträger kaufen. Durch dieses System haben Schulträger einen starken Anreiz, ihre Schulen klimafreundlicher zu machen.

Eine direkte Ausweitung des ETS auf Schulträger wäre wohl zu brutal. Wir fordern also, dass den Schulträgern noch bis 2025 Zeit gelassen wird, damit sie sich auf diese Umstellung vorbereiten können.

→ Wir fordern, dass die Schulträger in das europäische Emissionshandelssystem aufgenommen werden.

Transport

Egal ob mit dem Auto, den öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Rad oder zu Fuß, jede_r Schüler_in muss irgendwie in die Schule kommen. Einige gängige Transportmittel sind jedoch sehr umweltschädlich. Alternativen müssen also verstärkt angeboten werden.

Um das zu erreichen, müssen einerseits die Fahrradwege um die Schule bzw. an den Wegen, an denen viele Schüler_innen fahren würden, ausgebaut werden. Bei Radwegen ist ebenfalls wichtig, dass diese Sicherheitsstandards entsprechen.

Auch der Ausbau von Fahrradparkplätzen am Schulgelände ist hier anzudenken.

Andererseits wäre es wichtig, dass Schulen besser an öffentliche Verkehrsmittel angebunden werden. Hierfür müssen (vor allem im ländlichen Raum) die Fahrpläne der Busse/Züge an die Unterrichtszeiten angepasst werden. Mehr Schüler_innen würden sicherlich auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, wenn der Ticketkauf attraktiviert wird. Wir sprechen uns in diesem Kontext klar für ein vergünstigtes 1-2-3-Ticket für Schüler_innen aus.

→ Wir fordern daher, dass die Fahrradwege zur Schule ausgebaut werden, die Sicherheit dieser verbessert wird und es mehr Fahrradparklätze um und in der Schule gibt.

Auch elektronische Ladestationen für E-Autos auf Schulparkplätzen sollten ausgebaut werden. Dadurch wird besonders Lehrkräften im ländlichen Raum ermöglicht, leichter auf ökologischere Transportvarianten umzusteigen.

→ Weiters wollen wir, dass die Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel an die Schulzeiten angepasst werden, sodass lange Wartezeiten vermieden werden. Hier ist auch ein verbilligtes 1-2-3-Ticket für Schüler_innen wichtig.

Ausbildung zur Bekämpfung des Klimawandels

Egal wie gebildet die Schüler_innenschaft in Sachen Umweltbewusstsein ist: Wenn sowohl die Schulpartner nicht wissen, wie sie mit dem Thema umzugehen haben, wird es zu keinem Fortschritt kommen. Ein umfangreiches Ausbildungsprogramm ist unumgänglich, um die Basis für eine klimafreundliche Schule zu schaffen. Auch im Lehrplan sollte der Klimawandel und seine Folgen thematisiert werden.

Direktionen

Die Schule hat großes Potenzial etwas zum Klima- und Umweltschutz beizutragen. Deshalb finden wir es sehr wichtig, dass den Direktor_innen das nötige Bewusstsein für dieses Thema geschaffen wird und sie dabei erfahren, wie man als Schule das Klima bzw. die Umwelt schützen kann. Von der Fassadenbegrünung bis zur Digitalisierung der Lehrbücher sollte hier ein breites Themenfeld behandelt werden.

→ Wir fordern daher ein verpflichtendes Seminar für Direktor_innen und Schuladministrator_innen zum Thema Klima und Umwelt und regelmäßige

Weiterbildungen.

Schüler_innenvertretung

Auch Schüler_innenvertreter_innen soll das Thema nahegebracht werden, weil diese auch dazu beitragen können, die Schule ökologischer zu gestalten. Vor allem die Landesschüler_innenvertretung kann hier auch den Schüler_innenvertretungen zeigen, wie sie konkret handeln können und was sie bewirken können.

→ Deshalb wollen wir, dass Schüler_innenvertretungen die Möglichkeit haben, sich regelmäßig im Thema Ökologie weiterzubilden. Eine solche Möglichkeit könnte zum Beispiel von der Landesschüler_innenvertretung angeboten werden.

Lehrpläne

Dass der menschengemachte Klimawandel ein großes Problem darstellt, sollte mittlerweile allen Schüler_innen bekannt sein. Doch leider realisieren viele noch nicht, wie wichtig ihr ganz persönliches Verhalten ist. Tools mit denen man den eigenen CO2 Abdruck berechnen kann, können beispielsweise enorm helfen diesen Einfluss besser verständlich zu machen. Wir müssen die Erderwärmung für jedes Kind verständlich machen, nur so können wir sicherstellen dass jedem und jeder Einzelnen klar wird, was man dagegen tun kann. Hierbei können die Schüler_innen auch zu Projekten angeregt werden (s. den Absatz zu Schüler_innenprojekten). Auch die Geschichte der Klimaschutzbewegung sollte ihren Platz im Lehrplan finden.

→ Wir fordern also eine verstärkte Behandlung des Klimawandels im Lehrplan des Biologie-, GWK-, Ethik-, Geschichte- und Politische Bildungs-Unterrichts.

A6NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Leitantrag - Ein liberaler Fahrplan zur klimafreundlichen und ökologischen Schule**

Antragstext

Ein liberaler Fahrplan zur klimafreundlichen und ökologischen Schule

Der Klimawandel ist eine historische Herausforderung. Auch das österreichische Schulsystem muss sich ihr stellen. Eine effiziente Ökologisierung kann aber nur funktionieren, wenn man alle Akteur_innen rund um die Schule einbindet, und die Schule ganzheitlich betrachtet. Wir wollen hier nicht auf Symbolpolitik oder zentrale Vorgaben setzten, sondern die lokale Kreativität der Schulstandorte entfesseln.

In der Schule

Der reguläre Schulalltag ist von Ressourcenverschwendung geprägt. Sätze wie „Ich kopiere dir das schnell“ hört jede_r Schüler_in nahezu täglich. Dieses Verhalten muss sich ändern, und hier können marktwirtschaftliche Anreize außerordentlich nützlich sein.

Belohnungssysteme als Anreiz

Genauso wie es jetzt schon vereinzelt passiert, sollte ein Belohnungssystem geschaffen werden, dass alle Schulen mit Öffentlichkeitsrecht betrifft. Als Basis für dieses System wollen wir die Schulen anhand ihres ökologischen Fußabdruckes ranken. Dieser soll sich aus Angaben der Schulen selbst nähern, wobei es zu stichprobenartigen Überprüfungen kommen sollte. Berücksichtigt werden soll hier natürlich nur, was im Kompetenzbereich des Schulstandortes

liegt.

Um einen Anreiz für klimafreundliches Verhalten zu setzen, bekommen Schulen für eine Verbesserung ihrer Position in diesem Ranking einmalige Zuschüsse.

→ Wir fordern ein Belohnungssystem für alle Schulen mit Öffentlichkeitsrecht, dass Verbesserungen von Schulen im Rahmen eines Rankings belohnt werden.

Einmalige Öko-Challenge zur Unterstützung

Es ist von großer Bedeutung, dass neben dem finanziellen Anreiz auch die nötige Unterstützung für Schulen zur Verfügung gestellt wird. Der Rahmen einer “Öko-Challenge”, angelehnt an die sehr erfolgreiche “London School Challenge”, bietet sich hier an.

Während im Rahmen der “London School Challenge” die Schulen, deren Schüler_innen besonders schlechte Ergebnisse bei den Abschlussprüfungen erzielt haben, gezielt organisatorisch unterstützt wurden, wollen wir die Schulen mit dem größten ökologischen Fußabdruck unterstützten.

Einen zentralen Anteil am Erfolg der “London School Challenge” hat der verstärkte Wissensaustausch unter den Standorten. Man sollte im Rahmen der “Öko-Challenge” bewusst Schulen dabei unterstützen, Projekte umzusetzen, die bei anderen Schulen bereits funktioniert haben. Diese Projekte könnten auch subventioniert sein.

→ Wir fordern eine einmalige Öko-Challenge für Österreichs Schulen, in welcher die 10% der Schulen mit dem größten ökologischen Fußabdruck gezielt dabei unterstützt werden, diesen zu verringern.

Schüler_innenprojekte stärker fördern

Die Ökologisierung von Schulen sollte natürlich nicht nur den Schulalltag nachhaltiger gestalten, sondern auch die Schüler_innen in die Ökologisierung der Schulen einbinden und ihnen eine Chance geben aktiv etwas beizutragen. Es gilt den Schüler_innen diese Möglichkeit zu bieten.

Natürlich können solche Projekte, die von Schüler_innen forciert werden, Geld kosten. Ein Fördertopf soll für die Subventionierung von Projekten in diesem Rahmen durch den Bund bereitgestellt werden. Diese Förderung sollte, um allen

zugänglich zu sein, einfach zu beantragen, und unbürokratische sein.

Um maximale Transparenz zu garantieren und sicherzustellen, dass die geförderten Projekte die vorgeschriebenen Ziele verfolgen, müssen die wichtigsten Schritte dokumentiert werden. Dies soll im Idealfall Online geschehen und direkt in die Öko-Challenge eingerechnet werden.

Bereits durchgeführte Projekte, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Fahrrädern für den Transport zur Schule für Schüler_innen sollten den Schüler_innen über eine Website zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich sollen die nötigen Informationen und die Unterstützung von Experten für die Durchführung dieser Projekte bereitgestellt werden. Dadurch können auch andere Schüler_innen von anderen Standorten inspiriert werden.

→ Wir fordern, dass Schüler_innen bei Projekten zur Ökologisierung ihrer Schule unterstützt werden, sowohl finanziell, als auch durch die zentrale Veröffentlichung von Projekten, die bereits an einer anderen Schule durchgeführt wurden.

Um die Schule herum

Vieles, was für uns zum Schulalltag gehört, liegt nicht in der Kompetenz des Standorts selbst. Doch auch hier liegt viel Handlungsbedarf. Eine Ökologisierung des Schulgebäudes und der Schulwege spielt eine sehr wichtige Rolle um das Ideal einer klimafreundlichen Schule zu erreichen. Auch hier sollte, wo es möglich ist, auf marktwirtschaftliche Anreize gesetzt werden. Doch auch Mindeststandards, insbesondere bei Neubauten, sind sinnvoll.

Die Verantwortung des Schulträgers

Ökologische Standards bei Neubauten

Der mit Abstand wichtigste Schritt in der Ökologisierung von Schulen ist die Erneuerung von Heizung und Energie. Wärme und Strom sind für rund 65% der durch Schulen verursachten Co2-Emissionen verantwortlich, dadurch gibt es hier besonders viel Raum für Verbesserung. Hier muss jedoch der Schulträger aktiv werden.

Die Renovierungs- und Baustandards für Schulen sollen über die nächsten Jahren modernisiert werden um die Installation von Photovoltaikanlagen und nachhaltigen Heizungen wie Solarheizsysteme inkludieren. Zusätzlich soll

festgelegt werden, dass die Baustoffe, welche zur Erbauung der Schule genutzt werden, nachwachsend, gut recyclebar und energiearm in ihrer Herstellung sind.

Auch simple Maßnahmen, wie zum Beispiel Außenjalousien, sollten bei Neubauten von Schulen verpflichtend sein.

→ Wir fordern also, dass alle neugebauten Schulen gewissen ökologischen Standards entsprechen müssen.

Aufnahme der Schulträger in das europäische Emissionshandelssystem (ETS)

Bereits heute gibt es auf europäischer Ebene ein sogenanntes Emissionshandelsystem (ETS). Dieses stipuliert, dass Industriebetriebe Zertifikate kaufen müssen, um CO2 ausstoßen zu dürfen. Jedes Unternehmen bekommt ein jährliches CO2-Budget, welches Jahr für Jahr etwas geringer ausfällt. Stößt es weniger CO2 aus, kann es überschüssige Zertifikate auf dem freien Markt verkaufen. Umgekehrt muss ein Unternehmen, das die vorgegebenen Ziele nicht erreicht, Zertifikate zukaufen.

Dieses System wollen wir auf die Schulträger ausweiten. Je mehr CO2 ein Schulgebäude verbraucht, umso mehr Zertifikate muss der Schulträger kaufen. Durch dieses System haben Schulträger einen starken Anreiz, ihre Schulen klimafreundlicher zu machen.

Eine direkte Ausweitung des ETS auf Schulträger wäre wohl zu brutal. Wir fordern also, dass den Schulträgern noch bis 2025 Zeit gelassen wird, damit sie sich auf diese Umstellung vorbereiten können.

→ Wir fordern, dass die Schulträger in das europäische Emissionshandelssystem aufgenommen werden.

Transport

Egal ob mit dem Auto, den öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Rad oder zu Fuß, jede_r Schüler_in muss irgendwie in die Schule kommen. Einige gängige Transportmittel sind jedoch sehr umweltschädlich. Alternativen müssen also verstärkt angeboten werden.

Um das zu erreichen, müssen einerseits die Fahrradwege um die Schule bzw. an den Wegen, an denen viele Schüler_innen fahren würden, ausgebaut werden. Bei Radwegen ist ebenfalls wichtig, dass diese Sicherheitsstandards entsprechen.

Auch der Ausbau von Fahrradparkplätzen am Schulgelände ist hier anzudenken.

Andererseits wäre es wichtig, dass Schulen besser an öffentliche Verkehrsmittel angebunden werden. Hierfür müssen (vor allem im ländlichen Raum) die Fahrpläne der Busse/Züge an die Unterrichtszeiten angepasst werden. Mehr Schüler_innen würden sicherlich auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, wenn der Ticketkauf attraktiviert wird. Wir sprechen uns in diesem Kontext klar für ein vergünstigtes 1-2-3-Ticket für Schüler_innen aus.

→ Wir fordern daher, dass die Fahrradwege zur Schule ausgebaut werden, die Sicherheit dieser verbessert wird und es mehr Fahrradparklätze um und in der Schule gibt.

Auch elektronische Ladestationen für E-Autos auf Schulparkplätzen sollten ausgebaut werden. Dadurch wird besonders Lehrkräften im ländlichen Raum ermöglicht, leichter auf ökologischere Transportvarianten umzusteigen.

→ Weiters wollen wir, dass die Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel an die Schulzeiten angepasst werden, sodass lange Wartezeiten vermieden werden. Hier ist auch ein verbilligtes 1-2-3-Ticket für Schüler_innen wichtig.

Ausbildung zur Bekämpfung des Klimawandels

Egal wie gebildet die Schüler_innenschaft in Sachen Umweltbewusstsein ist: Wenn sowohl die Schulpartner nicht wissen, wie sie mit dem Thema umzugehen haben, wird es zu keinem Fortschritt kommen. Ein umfangreiches Ausbildungsprogramm ist unumgänglich, um die Basis für eine klimafreundliche Schule zu schaffen. Auch im Lehrplan sollte der Klimawandel und seine Folgen thematisiert werden.

Direktionen

Die Schule hat großes Potenzial etwas zum Klima- und Umweltschutz beizutragen. Deshalb finden wir es sehr wichtig, dass den Direktor_innen das nötige Bewusstsein für dieses Thema geschaffen wird und sie dabei erfahren, wie man als Schule das Klima bzw. die Umwelt schützen kann. Von der Fassadenbegrünung bis zur Digitalisierung der Lehrbücher sollte hier ein breites Themenfeld behandelt werden.

→ Wir fordern daher ein verpflichtendes Seminar für Direktor_innen und Schuladministrator_innen zum Thema Klima und Umwelt und regelmäßige

Weiterbildungen.

Schüler_innenvertretung

Auch Schüler_innenvertreter_innen soll das Thema nahegebracht werden, weil diese auch dazu beitragen können, die Schule ökologischer zu gestalten. Vor allem die Landesschüler_innenvertretung kann hier auch den Schüler_innenvertretungen zeigen, wie sie konkret handeln können und was sie bewirken können.

→ Deshalb wollen wir, dass Schüler_innenvertretungen die Möglichkeit haben, sich regelmäßig im Thema Ökologie weiterzubilden. Eine solche Möglichkeit könnte zum Beispiel von der Landesschüler_innenvertretung angeboten werden.

Lehrpläne

Dass der menschengemachte Klimawandel ein großes Problem darstellt, sollte mittlerweile allen Schüler_innen bekannt sein. Doch leider realisieren viele noch nicht, wie wichtig ihr ganz persönliches Verhalten ist. Tools mit denen man den eigenen CO2 Abdruck berechnen kann, können beispielsweise enorm helfen diesen Einfluss besser verständlich zu machen. Wir müssen die Erderwärmung für jedes Kind verständlich machen, nur so können wir sicherstellen dass jedem und jeder Einzelnen klar wird, was man dagegen tun kann. Hierbei können die Schüler_innen auch zu Projekten angeregt werden (s. den Absatz zu Schüler_innenprojekten). Auch die Geschichte der Klimaschutzbewegung sollte ihren Platz im Lehrplan finden.

→ Wir fordern also eine verstärkte Behandlung des Klimawandels im Lehrplan des Biologie-, GWK-, Ethik-, Geschichte- und Politische Bildungs-Unterrichts.

A7

Antrag

Initiator*innen: Sarah Bamberger, Lorenz Bacher, Arthur Lohmann, Felix Schnabl

Titel: **Let’s talk about Gender - Der Weg zur gleichberechtigten Schule**

Antragstext

Bereits 1948 wurde in Paris von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Erklärung der Menschenrechte ein Grundstein für die Gleichberechtigung aller Menschen gelegt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Heute, mehr als 50 Jahre später, konnten in Bezug auf die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern Fortschritte verzeichnet werden, dennoch bestehen nach wie vor erhebliche Barrieren. Diesen Umstand zeigt etwa auch der Gleichstellungsindex 2019 des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen, der verdeutlicht, dass Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen immer noch langsam verläuft. Insbesondere Frauen erfahren nach wie vor Benachteiligung im öffentlichen und privaten Leben, arbeiten häufiger in Niedriglohnsektoren und sind vermehrt Opfer psychischer, physischer und sexueller Gewalt.

Bildung als Motor für gesellschaftliche Entwicklung spielt in diesem Zusammenhang eine bedeutsame Rolle – nur wenn bereits Kinder für Geschlechtergerechtigkeit sensibilisiert werden, frei von Stereotypen und Geschlechterklischees sowie ohne Tabus aufwachsen, kann das Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft erreicht werden.

Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, die die Schule zu einem gerechten Ort – für Mädchen und Buben – machen.

Unterricht - pädagogische Methodik

Den essentiellen Part, der es ermöglicht, mehr Gleichberechtigung und Geschlechtersensibilität an österreichischen Schulen zu verankern, stellen, wie bei zahlreichen anderen bildungspolitischen Phänomenen, die Lehrpersonen dar. Häufig führt jedoch Unwissen über die Bedeutung geschlechtssensibler Sprache, fehlende Reflexion und Desinteresse zu geringer Beachtung und Berücksichtigung von Geschlechtssensibilität als Unterrichtsprinzip. Besonderer Fokus soll hierbei auf die Anregung zur Selbstreflexion sowie die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit (Biografiearbeit) gelegt werden.

→ Wir fordern also, dass das didaktische Prinzip der Geschlechtssensibilität vermehrt im Lehramtsstudium thematisiert wird und durch Fortbildungen zunehmend Einzug in österreichische Klassenzimmer erhält.

Ziel einer reflektierten Haltung im Umgang mit Buben und Mädchen ist eine differenzierte Beachtung dessen, was die Schülerin oder der Schüler unabhängig von ihrer bzw. seiner Geschlechtszugehörigkeit zu ihrer bzw. seiner Entwicklung braucht. Dabei geht es um die Ermöglichung gleicher Lern- und Entwicklungschancen für beide Geschlechter.

Um echte Gleichberechtigung zu gewährleisten, braucht es neben einer umfassenden Selbstreflexion zusätzlich die vermehrte Implementierung geschlechtergerechter Sprache in den Schulalltag. Nach wie vor ist das generische Maskulinum die mehrheitlich praktizierte und tolerierte Form, mit Buben und Mädchen zu sprechen. Die Bedeutung der Sprache als wichtiges Medium bei der Vermittlung von gesellschaftlichen Realitäten und Forderungen wird zum Beispiel im Bildungsplan der Stadt Wien betont: “Für ein Bekenntnis zur Gleichstellung der Geschlechter ist das gleichwertige und symmetrische Benennen der Frauen und Männer/Mädchen und Buben wesentlich.” Die langjährige Beobachtung zeigt, dass in der Sprache gesellschaftliche Norm- und Wertvorstellungen sowie Machtprinzipien zum Ausdruck kommen. Was in einer Sprache nicht benannt wird, wofür es keine Ausdrücke gibt, das hat auch keine Funktion in der Gesellschaft und damit keinen gesellschaftlichen Wert.

→ Deshalb fordern wir einen verstärkten Fokus auf geschlechtssensible Sprache, die Frauen sowie Männer symmetrisch und gleichwertig benennt, sowohl in schriftlicher als auch gesprochener Form seitens der Lehrpersonen.

Eine geschlechtergerechte Sprache unterstreicht die Werte und Normen einer demokratisch orientierten Gesellschaftsform. Wenn Frauen in der Sprache Präsenz erhalten, wird dadurch das gesellschaftliche Bewusstsein verändert und die oft zitierte Chancengerechtigkeit ein Stück mehr zur Realität.

Turnunterricht nicht mehr trennen

Bei dem Turnunterricht mit Mädchen werden häufig nur “Mädchensportarten” wie Volleyball, Völkerball etc. betrieben und bei dem Turnunterricht mit Buben oft nur “Jungssportarten” wie Fußball etc. unterrichtet. Es gibt aber natürlich viele Buben und Mädchen die gerne abwechslungsreich mit verschiedensten Sportarten unterrichtet werden würden. “Jungssportarten” können also durchaus auch von Mädchen gemacht werden und umgekehrt. Wenn man also Mädchen ganz andere Sportarten machen lässt als Jungs, dann fördert das Rollenklischees und passt eindeutig nicht ins 21. Jahrhundert. Es gibt Menschen die sich nicht eindeutig mit einem Geschlecht identifizieren oder kein eindeutiges Geschlecht haben. Für diese ist es dann auch noch schwieriger, bei einem Sportunterricht zu sein, bei dem nur Jungs bzw. Mädchen sein dürfen. Die Gefahr von Mobbing besteht noch einmal mehr für diese Personen.

→ Wir fordern daher, dass der Sportunterricht nicht mehr geschlechtergetrennt abläuft.

Gleichberechtigung im Lehrplan

Gleichberechtigung sollte aber nicht nur mehr in der Methodik aufgegriffen werden, es braucht auch eine feste Verankerung im Lehrplan, so dass auch klar gemacht werden kann, dass dieses Thema wirklich auch im Unterricht behandelt werden muss. Denn schließlich müssen auch die Schüler_innen umfassenden Unterricht zu diesem Thema erfahren. Gerade in Fächern, wie Geschichte gehen weibliche Akteure zur Zeit etwas unter, bei Kapiteln wie der industriellen Revolution, oder den verschiedenen Weltkriegen, bei denen Frauen einen großen Anteil geleistet haben, wird leider auf sie vergessen. Oft ist es so, dass Männer in das Rampenlicht der Geschichte gestellt werden, auch wenn alle Geschlechter zusammen und miteinander eine Veränderung erzielt haben.

Auch die Geschichte des Feminismus wird im Regelunterricht von vielen Lehrer_innen nicht behandelt, weshalb es hier auch eine klare Verankerung im Lehrplan und in den Schulbüchern braucht. Nur so kann man garantieren, dass mehr Frauen Einzug in den Geschichtsunterricht erhalten und so auch als Vorbilder für jetzige Kinder und Jugendliche dienen können!

→ Deshalb fordern wir, eine grundsätzliche Verankerung der Geschichte des Feminismus im Lehrplan und eine gleichberechtigte Darstellung beider Geschlechter in der Geschichte.

Neben dem Unterricht

Eine geschlechtergerechtere Schule findet ihre Verwirklichung aber nicht nur im Unterricht. Es gilt allgemein ein Umfeld zu schaffen, in dem sich alle Menschen, egal welchen Geschlechts, wohl fühlen. Ebenfalls braucht es ein Bewusstsein für die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit.

Menstruationsartikel zugänglich machen

Es erleichtert den Alltag von Schülerinnen enorm, wenn innerhalb der Schule gratis Menstruationsartikel zur Verfügung gestellt werden. Hier gilt es auch dem Shaming von Mädchen, die diese in Anspruch nehmen, entgegenzuwirken.

Das Argument der Verschwendung ist in diesem Kontext ein scheinheiliges, könnte man es doch genauso gegen die freie Ausgabe von Klopapier am Schulklo verwenden.

Wir schlagen daher vor, dass Menstruationsartikel auf den Mädchentoiletten zur Verfügung stehen. Sie nur bei der Schulärztin, oder dem Schularzt zur Verfügung zu stellen, halten wir für eine zu große Hemmschwelle.

→ Wir fordern also frei entnehmbare Menstruationsartikel auf allen Mädchentoiletten in Österreichs Schulen.

Antidiskriminierungsstelle

Allzu häufig kommt es noch immer zu sexistischen Bemerkungen von Lehrkräften oder anderen Autoritätspersonen in der Schule. Um dieses Problem effizient bekämpfen zu können, braucht es einen klaren Kanal, über den Beschwerden an eine Stelle beim Bildungsministerium eingebracht werden können. Das soll unkompliziert über eine Website zu erledigen sein, auf den Schutz der Identität der oder des Beschwerdebringer_in sollte unbedingt geachtet werden, sowie darauf, dass es zu keiner Vorverurteilung der oder des Beschuldigten kommt.

→ Wir fordern also, dass sich eine Stelle im Bildungsministerium darum kümmert, Beschwerden von diskriminierten Schüler_innen nachzugehen.

Horizonte durch externe Seminare und Workshops öffnen

Unterricht kann vieles, aber eben nicht alles. Lehrkräfte können nicht fachlich und didaktisch ausgezeichnet und zugleich Expert_innen in allen möglichen gesellschaftlichen Fragen sein. Insbesondere aber können sie nicht alles sein. Es ist jedoch wahnsinnig wichtig, dass die Schüler_innen in Kontakt mit Vorbildern, sogenannten Role Models kommen. Gerade hier kann es helfen, externe

Personen in die Schulen einzuladen.

Hierbei kann es sich um alle möglichen Formate handeln. Von einem Sensibilisierungsworkshop bis zu den bekannten Boys and Girls Days kann das Einladen von externen Personen die Horizonte der Schüler_innen erweitern, und bestehende Vorurteile aufbrechen.

→ Wir fordern also, dass gezielt Role Models an die Schulen geladen werden, sei es im Rahmen von Workshops oder anderer Veranstaltungen.

A7NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Let’s talk about Gender - Der Weg zur gleichberechtigten Schule**

Antragstext

Bereits 1948 wurde in Paris von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Erklärung der Menschenrechte ein Grundstein für die Gleichberechtigung aller Menschen gelegt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Heute, mehr als 50 Jahre später, konnten in Bezug auf die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern Fortschritte verzeichnet werden, dennoch bestehen nach wie vor erhebliche Barrieren. Diesen Umstand zeigt etwa auch der Gleichstellungsindex 2019 des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen, der verdeutlicht, dass Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen immer noch langsam verläuft. Insbesondere Frauen erfahren nach wie vor Benachteiligung im öffentlichen und privaten Leben, arbeiten häufiger in Niedriglohnsektoren und sind vermehrt Opfer psychischer, physischer und sexueller Gewalt.

Bildung als Motor für gesellschaftliche Entwicklung spielt in diesem Zusammenhang eine bedeutsame Rolle – nur wenn bereits Kinder für Geschlechtergerechtigkeit sensibilisiert werden, frei von Stereotypen und Geschlechterklischees sowie ohne Tabus aufwachsen, kann das Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft erreicht werden.

Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, die die Schule zu einem gerechten Ort – für alle Kinder – machen.

Unterricht - pädagogische Methodik

Den essentiellen Part, der es ermöglicht, mehr Gleichberechtigung und Geschlechtersensibilität an österreichischen Schulen zu verankern, stellen, wie bei zahlreichen anderen bildungspolitischen Phänomenen, die Lehrpersonen dar. Häufig führt jedoch Unwissen über die Bedeutung geschlechtssensibler Sprache, fehlende Reflexion und Desinteresse zu geringer Beachtung und Berücksichtigung von Geschlechtssensibilität als Unterrichtsprinzip. Besonderer Fokus soll hierbei auf die Anregung zur Selbstreflexion sowie die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit (Biografiearbeit) gelegt werden.

→ Wir fordern also, dass das didaktische Prinzip der Geschlechtssensibilität vermehrt im Lehramtsstudium thematisiert wird und durch Fortbildungen zunehmend Einzug in österreichische Klassenzimmer erhält.

Ziel einer reflektierten Haltung im Umgang mit Buben und Mädchen ist eine differenzierte Beachtung dessen, was die Schülerin oder der Schüler unabhängig von ihrer bzw. seiner Geschlechtszugehörigkeit zu ihrer bzw. seiner Entwicklung braucht. Dabei geht es um die Ermöglichung gleicher Lern- und Entwicklungschancen für beide Geschlechter.

Um echte Gleichberechtigung zu gewährleisten, braucht es neben einer umfassenden Selbstreflexion zusätzlich die vermehrte Implementierung geschlechtergerechter Sprache in den Schulalltag. Nach wie vor ist das generische Maskulinum die mehrheitlich praktizierte und tolerierte Form, mit Buben und Mädchen zu sprechen. Die Bedeutung der Sprache als wichtiges Medium bei der Vermittlung von gesellschaftlichen Realitäten und Forderungen wird zum Beispiel im Bildungsplan der Stadt Wien betont: “Für ein Bekenntnis zur Gleichstellung der Geschlechter ist das gleichwertige und symmetrische Benennen der Frauen und Männer/Mädchen und Buben wesentlich.” Die langjährige Beobachtung zeigt, dass in der Sprache gesellschaftliche Norm- und Wertvorstellungen sowie Machtprinzipien zum Ausdruck kommen. Was in einer Sprache nicht benannt wird, wofür es keine Ausdrücke gibt, das hat auch keine Funktion in der Gesellschaft und damit keinen gesellschaftlichen Wert.

→ Deshalb fordern wir einen verstärkten Fokus auf geschlechtssensible Sprache, die alle Geschlechter symmetrisch und gleichwertig benennt, sowohl in schriftlicher als auch gesprochener Form.

Weiters sollen Lehrpersonen dazu ermutigen, dass auch Schüler_innen geschlechtssensible Sprache verwenden.

Eine geschlechtergerechte Sprache unterstreicht die Werte und Normen einer demokratisch orientierten Gesellschaftsform. Wenn Frauen in der Sprache Präsenz

erhalten, wird dadurch das gesellschaftliche Bewusstsein verändert und die oft zitierte Chancengerechtigkeit ein Stück mehr zur Realität.

Dennoch sollte die Geschlechtergerechtigkeit der Sprache nicht benotet werden. Viel eher sollte es sich hier um eine grundsätzliche Sensibilisierung handeln.

Koedukativer Turnunterricht

Bei dem Turnunterricht mit Mädchen werden häufig nur “Mädchensportarten” wie Volleyball, Völkerball etc. betrieben und bei dem Turnunterricht mit Buben oft nur “Jungssportarten” wie Fußball etc. unterrichtet. Es gibt aber natürlich viele Buben und Mädchen die gerne abwechslungsreich mit verschiedensten Sportarten unterrichtet werden würden. “Jungssportarten” können also durchaus auch von Mädchen gemacht werden und umgekehrt. Wenn man also Mädchen ganz andere Sportarten machen lässt als Jungs, dann fördert das Rollenklischees und passt eindeutig nicht ins 21. Jahrhundert. Es gibt Menschen die sich nicht eindeutig mit einem Geschlecht identifizieren oder kein eindeutiges Geschlecht haben. Für diese ist es dann auch noch schwieriger, bei einem Sportunterricht zu sein, bei dem nur Jungs bzw. Mädchen sein dürfen. Die Gefahr von Mobbing besteht noch einmal mehr für diese Personen. Jedoch gibt es auch Situationen, in denen es sinnvoll ist, Geschlechter zu trennen. Man denke an die unterschiedliche pubertäre Entwicklung und Körperwahrnehmung, welche ebenso viele Problembereiche aufwirft. Daher sollte grundsätzlich ein koedukativer Ansatz gewählt werden, jedoch kann ein schwarz-weiß-Denken auch nicht die Lösung sein. Durch einen differenzierten Ansatz sollen Pädagoginnen und Pädagogen den richtigen Ausgleich aller Interessen finden.

Im gemeinsamen Turnunterricht sollen auch zwei Lehrer_innen unterrichten. Beide sollten nicht das gleiche Geschlecht haben, um allen Schüler_innen eine Ansprechperson zu bieten.

→ Wir fordern daher, dass der Sportunterricht nicht mehr geschlechtergetrennt abläuft, sondern dieser grundsätzlich koedukativ gestaltet wird. In gewissen Situationen muss es jedoch differenzierte Ansätze geben, um auf alle Interessen acht zu geben.

Gleichberechtigung im Lehrplan

Gleichberechtigung sollte aber nicht nur mehr in der Methodik aufgegriffen werden, es braucht auch eine feste Verankerung im Lehrplan, so dass auch klar gemacht werden kann, dass dieses Thema wirklich auch im Unterricht behandelt werden muss. Denn schließlich müssen auch die Schüler_innen umfassenden

Unterricht zu diesem Thema erfahren. Gerade in Fächern, wie Geschichte gehen weibliche Akteure oft unter. Um die Rolle der Frauen in der Geschichte den SchülerInnen zu vermitteln, sollten auch weibliche Akteure Erwähnung finden sowie die Frage behandelt werden, wie es dazu kommen konnte, dass die großen Akteure der Geschichte oftmals Männer waren..

Auch die Geschichte des Feminismus wird im Regelunterricht von vielen Lehrer_innen nicht behandelt, weshalb es hier auch eine klare Verankerung im Lehrplan und in den Schulbüchern braucht. Nur so kann man garantieren, dass mehr Frauen Einzug in den Geschichtsunterricht erhalten und so auch als Vorbilder für jetzige Kinder und Jugendliche dienen können!

→ Deshalb fordern wir, eine grundsätzliche Verankerung der Geschichte des Feminismus im Lehrplan und eine gleichberechtigtere Darstellung beider Geschlechter in der Geschichte.

Neben dem Unterricht

Eine geschlechtergerechtere Schule findet ihre Verwirklichung aber nicht nur im Unterricht. Es gilt allgemein ein Umfeld zu schaffen, in dem sich alle Menschen, egal welchen Geschlechts, wohl fühlen. Ebenfalls braucht es ein Bewusstsein für die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit.

Menstruationsartikel zugänglich machen

Es erleichtert den Alltag von Schülerinnen enorm, wenn innerhalb der Schule gratis Menstruationsartikel zur Verfügung gestellt werden. Hier gilt es auch dem Shaming von Mädchen, die diese in Anspruch nehmen, entgegenzuwirken.

Das Argument der Verschwendung ist in diesem Kontext ein scheinheiliges, könnte man es doch genauso gegen die freie Ausgabe von Klopapier am Schulklo verwenden.

Wir schlagen daher vor, dass Menstruationsartikel auf den Toiletten zur Verfügung stehen. Sie nur bei der Schulärztin, oder dem Schularzt zur Verfügung zu stellen, halten wir für eine zu große Hemmschwelle.

→ Wir fordern also frei entnehmbare Menstruationsartikel auf allen Toiletten in Österreichs Schulen.

Antidiskriminierungsstelle

Allzu häufig kommt es noch immer zu sexistischen Bemerkungen von Lehrkräften oder anderen Autoritätspersonen in der Schule. Um dieses Problem effizient bekämpfen zu können, braucht es einen klaren Kanal, über den Beschwerden an eine Stelle beim Bildungsministerium eingebracht werden können. Das soll unkompliziert über eine Website zu erledigen sein, auf den Schutz der Identität der oder des Beschwerdebringer_in sollte unbedingt geachtet werden, sowie darauf, dass es zu keiner Vorverurteilung der oder des Beschuldigten kommt.

→ Wir fordern, die Ombudsstelle des Ministeriums an Schulen bekannter zu machen, damit diese Ihre Aufgabe sinnvoll erfüllen kann.

Horizonte durch externe Seminare und Workshops öffnen

Unterricht kann vieles, aber eben nicht alles. Lehrkräfte können nicht fachlich und didaktisch ausgezeichnet und zugleich Expert_innen in allen möglichen gesellschaftlichen Fragen sein. Insbesondere aber können sie nicht alles sein. Gerade hier kann es helfen, externe Personen in die Schulen einzuladen.

A8

Antrag

Initiator*innen: Sarah Bamberger, Paul Bauer, Johannes Aschauer, Arthur Lohmann, Felix Schnabl

Titel: **Der Weg zur europäischen Schule**

Antragstext

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag Jugendlicher in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten. Dennoch ist die Wahlbeteiligung junger Menschen bei der Wahl zum europäischen Parlament traditionell recht gering: Bloß 29 Prozent der wahlberechtigten Jugendlichen unter 25 Jahren beteiligten sich in Österreich an der EU-Wahl im Jahr 2014. Die Gründe dafür sind vielfältig: Das Gefühl, die eigene Stimme zähle nichts, geringe Identifikation sowie politische Entscheidungen, die vom Alltag scheinbar zu weit entfernt seien, führen dazu. Es braucht also eine wirklich europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern und europäischen Institutionen.

Bildung für und zu Europa

Europäische Institutionen besser kennenlernen

Viele Schüler_innen wissen weder, wie die EU funktioniert, noch was eigentlich unter “Europäische Union” verstanden wird. Allerdings ist in Österreich das aktive Wahlrecht zum Europäischen Parlament schon im Alter mit 16 Jahren erreicht. Viele wählen hier also für etwas, das sie schlichtweg nicht verstehen. Das muss sich ändern.

Mehr Wissen über die Institutionen, die man wählt, würde möglicherweise auch die Wahlbeteiligung stärken, wo gerade die eben erwähnten Wahlen zum europäischen Parlament immer wieder mit einer sehr schwachen Wahlbeteiligung zu kämpfen

haben.

Schüler_innen sollten auch wissen, wie man sich als Bürger_in selbst einbringen kann, und in der EU mitgestalten kann. Es gibt beispielsweise das Instrument des europäischen Volksbegehrens, das im Unterricht beschrieben werden sollte.

→ Wir fordern daher, dass im Fach politische Bildung die Institutionen der europäischen Union tiefgehend behandelt werden.

Europäische Geschichte erlernen

Im 21. Jahrhundert haben wir das Privileg, in Europa keine großen Kriege und kaum militärischen Konflikte mehr zu erleben. Uns geht es also sehr sehr gut, und das insbesondere durch die europäische Einigung.

Nur gerät es leider immer mehr in Vergessenheit, dass Europa vor gar nicht allzu langer Zeit ein Fleckerlteppich von verschiedene Nationen/Kaiserreichen/Königreichen war, die sich gegenseitig aufs Ärgste bekriegt haben. Zudem vergisst man immer öfters, dass es uns auch wirtschaftlich nicht immer so gut erging wie heutzutage.

Daher ist es grundlegend, dass man Verständnis entwickelt, dass Europa nicht immer so war, wie es heute ist. Zudem muss darauf geachtet werden, dass in der Schule nicht nur Österreichs Geschichte gelehrt werden muss, sondern eine europäische Geschichte in den Vordergrund gestellt wird. Nur so bekommen die Schüler_innen ein echtes Gefühl für die Geschichte unseres Kontinents, und seines globalen Handelns.

→ Daher fordern wir, dass der bestehende Geschichtsunterricht zu einem Unterricht der europäischen Geschichte wird.

Hierbei sollen auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen stark berücksichtigt werden.

Nur durch einen europäisierten Geschichtsunterricht können wir dafür sorgen, dass die Geschichte unseres wunderschönen Europas nicht verloren geht.

Europäische Literatur erfahren

Der aktuelle Deutschunterricht ist zugleich Sprach- und Literaturunterricht. Das macht auch eine seiner Stärken aus.

Es gibt jedoch nur wenig Grund, im literarischen Teil nur zu lesen, was auch auf Deutsch verfasst wurde. Werke aus ganz Europa heranzuziehen, um auf einzelne Epochen und Genres einzugehen, ist nicht das Ende des Studiums der deutschen Literatur, sondern viel eher der Anfang: Nie war Literatur in Europa an Grenzen gebunden. Über die einzelnen Sprachräume hinaus haben sich Schriftsteller_innen beeinflusst. Der aktuelle Deutschunterricht, indem er sich auf Werke aus dem deutschen Raum beschränkt, konstruiert hier eine fiktive Abgrenzung.

Diese Konstruktion führt dazu, dass sich das Bild einer sozusagen hermetisch abgeriegelten Literatur festsetzt. Sie aufzubrechen ist ein essenzieller Beitrag, um eine echte europäische Bildung zu ermöglichen. Indem man Texte aus ganz Europa durchnimmt, zeigt man den Schüler_innen auch wie sehr sich die Herangehensweisen und die Perspektiven in Europa ähneln.

Das Ziel sollte hier aber weniger sein, einen starren Kanon für ganz Europa zu schreiben, sondern den angehenden Deutschlehrer_innen bereits in ihrer Ausbildung ein Wissen über die gesamteuropäischen literarischen Epochen und Einflüsse mitzugeben. Auch eine Referenzliste, aus der Werke nach Belieben ausgewählt werden, kann hier hilfreich sein.

→ Text und Werke aus ganz Europa sollten also bereits in das Lehramtsstudium stärker inkludiert werden. Auch eine Referenzliste soll dafür sorgen, dass die literarische Bildung europäisiert wird.

Gemeinsame europäische Standards

Jede_r sollte Englisch können!

Europa hat eine sehr große Vielfalt an Sprachen. Das ist eine unserer großen Stärken. Doch in einer immer globaleren Welt, in der auch Europa hoffentlich immer mehr zusammenwächst, ist es unglaublich wichtig, dass jede_r Bürger_in, länderübergreifend kommunizieren kann. Das ist jedoch viel zu häufig nicht der Fall. Englisch ist zwar schon lange die inoffizielle Sprache der EU, Ziel muss es jedoch sein, eine Ebene zu schaffen, auf der sich alle Bürger_innen der Europäischen Union verständigen können. Hier kommt der Schule eine essenzielle Rolle zu. Sie muss den Weg für ein gegenseitiges sprachliches Verständnis in Europa ebnen.

Englisch wird schon heute in jedem europäischen Bildungssystem unterrichtet. Während jedoch in Skandinavischen Ländern die Bürger fast schon perfekt Englisch als zweitsprache sprechen können, gibt es in Ländern wie Frankreich

oder Spanien, aber eben auch Österreich noch großen Aufholbedarf.

→ Wir fordern also einen Mindeststandard für Schulenglisch in der gesamten EU. Jede_r sollte sich auf Englisch gut und flüssig ausdrücken können.

Insbesondere braucht es hier einen merklichen Ausbau des Englischunterrichts in der Volksschule. Nur so lässt sich ein wirklich gutes Niveau für alle Schüler_innen erreichen.

Hin zu einem europäischen Schulabschluss

Viele junge Europäerinnen und Europäer planen in anderen Ländern der EU zu studieren, Programme wie Erasmus erleichtern dies wahnsinnig, doch die oft hohen Unterschiede des Abschlussniveaus können einer_m da schnell einen Strich durch die Rechnung machen. Außerdem führen diese unterschiedlich schwierigen Abschlüsse auch dazu, dass Unis in Ländern mit leichteren Prüfungen als schlechter oder einfacher gesehen werden.

In Österreich hat man mit der Zentralmatura schon gesehen, dass eine solche Angleichung viel Sinn macht. Ziel sollte es sein, ein ähnliches System in Europa zu etablieren, jedoch kann dies natürlich nicht über Nacht geschehen. Beginnen könnte man damit, das einzelne, in allen Ländern der EU unterrichtete Fächer wie zum Beispiel Englisch, vom Lehrplan her harmonisiert werden. Im Anschluss könnte man damit auch die Abschlussprüfungen ähnlich gestalten. Generell sollte das Niveau der Endprüfung EU-weit harmonisiert werden, den Ländern soll es jedoch weiterhin möglich sein, eigene Standards zu stellen. Doch im Idealfall sollten auch Fächer, die nur in einzelnen Ländern unterrichtet werden, wie zum Beispiel die Landessprache bei der Prüfung ähnlich bewertet werden.

→ Wir fordern also eine Harmonisierung der Abschlussprüfungen.

Europa erlebbar machen

Erasmus+ für Schüler_innen ausbauen

Um zu verdeutlichen, in welchem Ausmaß die europäische Union Einfluss auf das alltägliche Leben Jugendlicher nimmt, ist es essentiell, Europa in allen seinen Facetten kennenzulernen. Das Programm Erasmus+ unterstützt schulische Institutionen dabei, Schüler_innen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, wodurch sowohl Vielfalt, Nachhaltigkeit, digitale Bildung und Inklusion als auch

das Lernen von Sprachen gefördert werden.

Bedauerlicherweise sind weder Lehrer_innen noch Schüler_innen ausreichend über die Möglichkeiten des Erasmus-Programms für Schulen informiert, Kooperationen mit Einrichtungen, die über die eigenen Staatsgrenzen hinausgehen, eine Seltenheit. In der studentischen Welt sind die Vorteile des Programms bereits angekommen und werden rege genutzt, nun sind auch die Schulen an der Reihe!

Es soll allen Schüler_innen möglich sein, im Rahmen des Programms Erasmus+ bis zu einem Jahr an einer Partnerschule in einem Programmland zu verbringen oder auch ein Praktikum im Ausland zu absolvieren.

Dafür müssen einerseits die Bekanntheit des Programms gesteigert und andererseits Förderungsmöglichkeiten erhöht werden, um jeder Schülerin und jedem Schüler, unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund, Auslandserfahrungen zu ermöglichen.

→ Wir fordern also die Steigerung der Bekanntheit des Programms Erasmus+ durch die Bereitstellung von vielfältigem Informationsmaterial sowie die Abhaltung einer Informationsveranstaltung für alle Schüler_innen der 9. und 10. Schulstufe jeder Schule durch den Besuch einer Vertreterin oder eines Vertreters. Weiters müssen Lehrpersonen informiert und sensibilisiert werden, um angemessene Unterstützung bei der Planung und Organisation eines Auslandsaufenthaltes bieten zu können.

→ Darüber hinaus fordern wir den Ausbau der Erasmus+-Förderungen für Schüler_innen. Ökonomisch schwächer gestellte Familien sollen zusätzliche Förderungsmittel zur Tilgung der Lebenserhaltungskosten im Programmland beantragen können.

Damit das Erasmus+-Programm wirklich breitenwirksam angewendet werden kann, braucht es allerdings in allen Mitgliedstaaten ein gemeinsames Mindestniveau beziehungsweise ein ähnliches Forderungs- und Leistungsniveau in den verschiedenen Fächern, das konsequent eingehalten wird. Nur so kann verhindert werden, dass Lehrstoff auf der Strecke bleibt oder gar ganze Schuljahre wiederholt werden müssen.

Brüsselreise für alle

Für viele ist die Europäische Union abstrakt und weit weg. Schüler_innen sollten aber nicht nur ein theoretisches Verständnis für die Institutionen der EU erlernen, sondern Europapolitik hautnah miterleben. Und wo kann man das besser

als in Brüssel?

Da es unserer Meinung nach sehr fördernd für das Demokratieverständnis und Interesse der Schülerinnen und Schüler ist, sollten sie im Laufe ihrer Schullaufbahn zwingend einmal an einer Brüsselreise teilgenommen haben, idealerweise zwischen der 5. und 9. Schulstufe. Je nach den finanziellen Mitteln der Eltern soll ein Teil oder sogar die gesamte Reise von der Republik übernommen werden.

→ Wir fordern also eine leistbare, von der Schule organisierte Reise nach Brüssel zwischen der 5. und 9. Schulstufe, also noch während der Pflichtschulzeit.

A8NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Der Weg zur europäischen Schule**

Antragstext

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag Jugendlicher in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten. Dennoch ist die Wahlbeteiligung junger Menschen bei der Wahl zum europäischen Parlament traditionell recht gering: Bloß 29 Prozent der wahlberechtigten Jugendlichen unter 25 Jahren beteiligten sich in Österreich an der EU-Wahl im Jahr 2014. Die Gründe dafür sind vielfältig: Das Gefühl, die eigene Stimme zähle nichts, geringe Identifikation sowie politische Entscheidungen, die vom Alltag scheinbar zu weit entfernt seien, führen dazu. Es braucht also eine wirklich europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern und europäischen Institutionen.

Bildung für und zu Europa

Europäische Geschichte erlernen

Im 21. Jahrhundert haben wir das Privileg, in Europa keine großen Kriege und kaum militärischen Konflikte mehr zu erleben. Uns geht es also sehr sehr gut, und das insbesondere durch die europäische Einigung.

Nur gerät es leider immer mehr in Vergessenheit, dass Europa vor gar nicht allzu langer Zeit ein Fleckerlteppich von verschiedene Nationen/Kaiserreichen/Königreichen war, die sich gegenseitig aufs Ärgste bekriegt haben. Zudem vergisst man immer öfters, dass es uns auch wirtschaftlich nicht immer so gut erging wie heutzutage.

Daher ist es grundlegend, dass man Verständnis entwickelt, dass Europa nicht immer so war, wie es heute ist. Zudem muss darauf geachtet werden, dass in der Schule nicht nur Österreichs Geschichte gelehrt werden muss, sondern eine europäische Geschichte in den Vordergrund gestellt wird. Nur so bekommen die Schüler_innen ein echtes Gefühl für die Geschichte unseres Kontinents, und seines globalen Handelns.

→ Daher fordern wir, dass der bestehende Geschichtsunterricht weitere Schwerpunkte auf die europäische Geschichte gelegt werden.

Hierbei sollen auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen stark berücksichtigt werden.

Nur durch einen europäisierten Geschichtsunterricht können wir dafür sorgen, dass die Geschichte unseres wunderschönen Europas nicht verloren geht.

Europäische Literatur erfahren

Der aktuelle Deutschunterricht ist zugleich Sprach- und Literaturunterricht. Das macht auch eine seiner Stärken aus.

Es gibt jedoch nur wenig Grund, im literarischen Teil nur zu lesen, was auch auf Deutsch verfasst wurde. Werke aus ganz Europa heranzuziehen, um auf einzelne Epochen und Genres einzugehen, ist nicht das Ende des Studiums der deutschen Literatur, sondern viel eher der Anfang: Nie war Literatur in Europa an Grenzen gebunden. Über die einzelnen Sprachräume hinaus haben sich Schriftsteller_innen beeinflusst. Der aktuelle Deutschunterricht, indem er sich auf Werke aus dem deutschen Raum beschränkt, konstruiert hier eine fiktive Abgrenzung.

Diese Konstruktion führt dazu, dass sich das Bild einer sozusagen hermetisch abgeriegelten Literatur festsetzt. Sie aufzubrechen ist ein essenzieller Beitrag, um eine echte europäische Bildung zu ermöglichen. Indem man Texte aus ganz Europa durchnimmt, zeigt man den Schüler_innen auch wie sehr sich die Herangehensweisen und die Perspektiven in Europa ähneln.

Das Ziel sollte hier aber weniger sein, einen starren Kanon für ganz Europa zu schreiben, sondern den angehenden Deutschlehrer_innen bereits in ihrer Ausbildung ein Wissen über die gesamteuropäischen literarischen Epochen und Einflüsse mitzugeben. Auch eine Referenzliste, aus der Werke nach Belieben ausgewählt werden, kann hier hilfreich sein.

→ Text und Werke aus ganz Europa sollten also bereits in das Lehramtsstudium stärker inkludiert werden. Auch eine Referenzliste soll dafür sorgen, dass die literarische Bildung europäisiert wird.

Gemeinsame europäische Standards

Jede_r sollte Englisch können!

Europa hat eine sehr große Vielfalt an Sprachen. Das ist eine unserer großen Stärken. Doch in einer immer globaleren Welt, in der auch Europa hoffentlich immer mehr zusammenwächst, ist es unglaublich wichtig, dass jede_r Bürger_in, länderübergreifend kommunizieren kann. Das ist jedoch viel zu häufig nicht der Fall. Englisch ist zwar schon lange die inoffizielle Sprache der EU, Ziel muss es jedoch sein, eine Ebene zu schaffen, auf der sich alle Bürger_innen der Europäischen Union verständigen können. Hier kommt der Schule eine essenzielle Rolle zu. Sie muss den Weg für ein gegenseitiges sprachliches Verständnis in Europa ebnen.

Englisch wird schon heute in jedem europäischen Bildungssystem unterrichtet. Während jedoch in Skandinavischen Ländern die Bürger fast schon perfekt Englisch als zweitsprache sprechen können, gibt es in Ländern wie Frankreich oder Spanien, aber eben auch Österreich noch großen Aufholbedarf.

→ Wir fordern also einen Mindeststandard für Schulenglisch in der gesamten EU. Jede_r sollte sich auf Englisch gut und flüssig ausdrücken können.

Insbesondere braucht es hier einen merklichen Ausbau des Englischunterrichts in der Volksschule. Nur so lässt sich ein wirklich gutes Niveau für alle Schüler_innen erreichen.

Hin zu einem europäischen Schulabschluss

Viele junge Europäerinnen und Europäer planen in anderen Ländern der EU zu studieren, Programme wie Erasmus erleichtern dies wahnsinnig, doch die oft hohen Unterschiede des Abschlussniveaus können einer_m da schnell einen Strich durch die Rechnung machen. Außerdem führen diese unterschiedlich schwierigen Abschlüsse auch dazu, dass Unis in Ländern mit leichteren Prüfungen als schlechter oder einfacher gesehen werden.

In Österreich hat man mit der Zentralmatura schon gesehen, dass eine solche Angleichung viel Sinn macht. Ziel sollte es sein, ein ähnliches System in

Europa zu etablieren, jedoch kann dies natürlich nicht über Nacht geschehen. Beginnen könnte man damit, das einzelne, in allen Ländern der EU unterrichtete Fächer wie zum Beispiel Englisch, vom Lehrplan her harmonisiert werden. Im Anschluss könnte man damit auch die Abschlussprüfungen ähnlich gestalten. Generell sollte das Niveau der Endprüfung EU-weit harmonisiert werden, den Ländern soll es jedoch weiterhin möglich sein, eigene Standards zu stellen. Doch im Idealfall sollten auch Fächer, die nur in einzelnen Ländern unterrichtet werden, wie zum Beispiel die Landessprache bei der Prüfung ähnlich bewertet werden.

→ Wir fordern also eine Harmonisierung der Abschlussprüfungen.

Europa erlebbar machen

Erasmus+ für Schüler_innen ausbauen

Um zu verdeutlichen, in welchem Ausmaß die europäische Union Einfluss auf das alltägliche Leben Jugendlicher nimmt, ist es essentiell, Europa in allen seinen Facetten kennenzulernen. Das Programm Erasmus+ unterstützt schulische Institutionen dabei, Schüler_innen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, wodurch sowohl Vielfalt, Nachhaltigkeit, digitale Bildung und Inklusion als auch das Lernen von Sprachen gefördert werden.

Bedauerlicherweise sind weder Lehrer_innen noch Schüler_innen ausreichend über die Möglichkeiten des Erasmus-Programms für Schulen informiert, Kooperationen mit Einrichtungen, die über die eigenen Staatsgrenzen hinausgehen, eine Seltenheit. In der studentischen Welt sind die Vorteile des Programms bereits angekommen und werden rege genutzt, nun sind auch die Schulen an der Reihe!

Es soll allen Schüler_innen möglich sein, im Rahmen des Programms Erasmus+ bis zu einem Jahr an einer Partnerschule in einem Programmland zu verbringen oder auch ein Praktikum im Ausland zu absolvieren.

Dafür müssen einerseits die Bekanntheit des Programms gesteigert und andererseits Förderungsmöglichkeiten erhöht werden, um jeder Schülerin und jedem Schüler, unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund, Auslandserfahrungen zu ermöglichen.

→ Wir fordern also die Steigerung der Bekanntheit des Programms Erasmus+ durch die Bereitstellung von vielfältigem Informationsmaterial sowie die Abhaltung einer Informationsveranstaltung für alle Schüler_innen der 9. und 10. Schulstufe jeder Schule durch den Besuch einer Vertreterin oder eines

Vertreters. Weiters müssen Lehrpersonen informiert und sensibilisiert werden, um angemessene Unterstützung bei der Planung und Organisation eines Auslandsaufenthaltes bieten zu können.

→ Darüber hinaus fordern wir den Ausbau der Erasmus+-Förderungen für Schüler_innen. Ökonomisch schwächer gestellte Familien sollen zusätzliche Förderungsmittel zur Tilgung der Lebenserhaltungskosten im Programmland beantragen können.

Damit das Erasmus+-Programm wirklich breitenwirksam angewendet werden kann, braucht es allerdings in allen Mitgliedstaaten ein gemeinsames Mindestniveau beziehungsweise ein ähnliches Forderungs- und Leistungsniveau in den verschiedenen Fächern, das konsequent eingehalten wird. Nur so kann verhindert werden, dass Lehrstoff auf der Strecke bleibt oder gar ganze Schuljahre wiederholt werden müssen.

Europareise für alle

Für viele ist die Europäische Union abstrakt und weit weg. Schüler_innen sollten aber nicht nur ein theoretisches Verständnis für die Institutionen der EU erlernen, sondern Europapolitik hautnah miterleben.

Da es unserer Meinung nach sehr fördernd für das Demokratieverständnis und Interesse der Schülerinnen und Schüler ist, sollten sie im Laufe ihrer Schullaufbahn die Möglichkeit gehabt haben, einmal an einer Reise zu einer EU-Institution teilgenommen haben. Je nach den finanziellen Mitteln der Eltern soll ein Teil oder sogar die gesamte Reise von der Republik übernommen werden.

→ Wir fordern also eine leistbare, von der Schule organisierte Reise zu einer EU-Institution in der Pflichtschulzeit.

A9

Antrag

Initiator*innen: Ivana Monz, Frederik Witjes, Arthur Lohmann, Felix Schnabl

Titel: **MENTAL HEALTH**

Antragstext

Viel zu oft ist es ein Problem, dass Jugendliche nicht akzeptieren und sehen wollen, dass sie mentale Gesundheitsprobleme haben. Nicht selten wird es runtergespielt, oft fehlt die Aufklärung und letztendlich mangelt es vielfach an der schnellen Hilfe. Wenn sich Jugendliche dafür entscheiden, Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist es essentiell, dass diese auch bereitsteht und in Anspruch genommen werden kann.

Die Schule muss sich mehr den Schüler_innen anpassen

Wenn von psychischer Gesundheit an Schulen die Rede ist, ist sehr oft von mehr Schulpsycholog_innen die Rede. Selbst wenn diese Forderung sehr wichtig ist, muss schon früher angesetzt werden. Das Ziel muss sein, dass weniger Schulpsycholog_innen gebraucht werden. Es gilt die Schule allgemein zu einem angenehmeren Ort zu machen, einem Ort, der weniger Stress hervorruft, und besser an die Schüler_innen selbst angepasst ist.

Späterer Unterrichtsbeginn

Im Zuge der Pubertät verändert sich auch der Schlafrhythmus der Jugendlichen. Während die Uhrzeit des Einschlafenkönnens sich nach hinten verschiebt, brauchen Jugendliche nicht weniger Schlaf. Der frühe Schulbeginn führt also dazu, dass die Schüler_innen häufig in der Schule unausgeschlafen sind, wie eine Studie aus Deutschland zeigt. Schlafmangel kann auch gravierende psychische Folgen haben, unter ihnen in extremen Fällen sogar Depressionen. Jedenfalls aber mindert er die eigenen Leistungsfähigkeit, was in Kombination mit Leistungsdruck zu einem gefährlichen Cocktail werden kann.

Es gibt, im Kontext der Schule, eine einfache Lösung: spätere Unterrichtsbeginne. Sie führen, wie eine Studie aus Seattle zeigt, zu mehr Schlaf, und damit zu mehr Zufriedenheit und Leistungsfähigkeit. Hierbei reicht schon ein Unterrichtsbeginn um 8:45, um große Veränderungen zu erzielen.

→ Wir fordern also, dass der Unterricht in der Regel erst um 8:45 beginnt. Schulautonome Abweichungen bleiben weiterhin möglich, bedürfen aber der Zustimmung des SGA.

Mehr Bewegungseinheiten

Gerade Jugendliche haben viel Energie. Diese auch “rauslassen” zu können, ist essentiell, um für ihre psychische Gesundheit zu sorgen. Sport mindert erwiesenermaßen das Aggressionspotenzial, den Stress und führt zu einem höheren Wohlbefinden.

Es ist also wichtig, dass nicht nur ein bis zwei Stunden pro Woche im Rahmen vom Sportunterricht Sport betrieben wird, sondern dass Bewegungseinheiten ganz selbstverständlich Teil des Schulalltags werden. Sie könnten beispielsweise zwischen zwei Stunden die Schüler_innen auflockern.

→ Wir fordern also, dass in den Schulalltag regelmäßige, kurze Bewegungseinheiten eingebaut werden. Die genaue Ausgestaltung sollte selbstverständlich schulautonom sein.

Peer-Mediation verstärkt ausbauen

Gerade kleine Streitereien können sich rasch zu großen Belastungen für die Betroffenen entwickeln. Es gilt also, sie möglichst rasch zu lösen. Hierbei kann ein niederschwelliges Beratungsangebot hilfreich sein. Das Konzept der Peer-Mediation bietet sich also an.

Hierbei werden ältere Schüler_innen von professionellen Mediator_innen und Schulpsycholog_innen ausgebildet, um bei der Schlichtung kleinerer Streitigkeiten den Schüler_innen helfend zur Seite zu stehen. Wenn dieses Angebot niederschwellig genug ist, kann es zu einer substantiellen Verbesserung des Schulklimas führen.

Natürlich kann so ein Angebot keiner Schule aufgezwungen werden. Weiterbildungen für Peer-Mediator_innen sollten aber noch häufiger angeboten werden. Ebenfalls kann es hilfreich sein, wenn man proaktiv auf Direktionen

zugegangen wird, und ihnen Hilfe bei der Umsetzung eines solchen Projekts anbietet.

→ Wir fordern also, dass das Konzept der Peer-Mediation stärker von Seiten des Bildungsministeriums beworben wird. Auch eine organisatorische Unterstützung ist anzudenken.

Bewusstsein für Mental Health schaffen

Das Thema mentale Gesundheit wird in Österreichs Schulen immer noch viel zu selten besprochen, bekommt kaum Aufmerksamkeit, und ist häufig sogar ein Tabuthema. Um dieses Thema zu enttabuisieren, braucht es vor allem eins: Aufklärung. Sie ist der erste Schritt, um Probleme frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Mentale Probleme “schleichen” sich meistens über einen längeren Zeitpunkt an, bis dann bei manchen leider ein sogenannter Mental Breakdown eintritt. Die Schüler_innen sollten ein Bewusstsein für Mental Health bekommen.

Klassenvorstandsstunden zur Enttabuisierung

Es ist ein Muss, dieses große Problem in Angriff zu nehmen, und es endlich mehr in den Lehrplan und den Unterricht einzubauen. Denn im Unterricht sollen wir ja auf das Leben vorbereitet werden, und psychische Probleme sind nun einmal einfach ein Teil unseres Lebens. Die wichtigste Bezugsperson einer Klasse ist meistens der Klassenvorstand (KV), in Zukunft sollte also insbesondere in Klassenvorstandsstunden dazu beigetragen werden, dieses Thema zu enttabuisieren. Bei der Enttabuisierung ist es wichtig Bewusstsein für das Thema herzustellen, ebenfalls aber auch Tipps zur frühzeitigen Erkennung von Problemen zu geben.

→ Wir fordern, dass das Thema psychische Gesundheit endlich enttabuisiert wird. Das soll insbesondere durch eine ausgeprägte und größere Behandlung des Themas in KV-Stunden erreicht werden.

Behandlung in mehreren Fächern durch eine Verankerung im Lehrplan

Neben den Stunden mit dem Klassenvorstand oder der Klassenvorständin soll der Lehrplan in Sachen mentaler Gesundheit aufgestockt werden. Er soll in Zukunft generell mehr auf die psychische Gesundheit eingehen, vor allem in den Fächern die inhaltlich dazu passen, z.B Biologie und Psychologie.

→ Wir fordern, dass es in Zukunft einmal pro Jahr und Klasse einen

verpflichtenden Workshop zum Thema mentale Gesundheit geben soll, um den Schüler_innen die Möglichkeit zu geben, mehr über diese Problematik zu lernen, aber auch über ihre Probleme zu sprechen.

Schnelle Hilfe anbieten

Nach der frühen Erkennung von mentalen Gesundheitsproblemen, der Vorbeugung und der Aufklärung zu diesem Thema ist es aber nichtsdestotrotz wichtig, dass es Ansprechpersonen für Schüler_innen gibt.

Ausbildungsplätze der Schulpsycholog_innen ausbauen und erhöhen

Mentale Probleme werden noch häufig unterschätzt. Gerade in Verbindung mit der Coronakrise und den gestiegenen Zahlen von psychischen Problemen bei Jugendlichen ist daher von großer Bedeutung, dass diese Krankheiten ernst genommen und behandelt werden. Die Zahl von Schulpsycholog_innen an unseren Schulen ist beängstigend gering.

Regelmäßig kommt es auch vor, dass das existierende Personal selten ansprechbar ist und wenn, dann nur für sehr kurze Zeit. Es kann und darf aber nicht sein, dass ein_e Schüler_in Monate lang darauf warten muss, bis man die notwendige Hilfe erwarten kann.

Sich einzugestehen, dass man ein psychisches Problem hat, ist für viele Schüler_innen eine riesige Überwindung. Diese Überwindung wird oft mit zu langen Wartezeiten auf ein Gespräch bestraft. Wenn die Hilfe kommt, ist es häufig schon zu spät.

Nun kann man die Anzahl an Schulpsycholog_innen nicht von Heute auf Morgen verdoppeln. Man muss aber damit anfangen. Ein Ausbau an Ausbildungsplätzen von Schulpsycholog_innen ist daher dringend nötig, um den österreichischen Schüler_innen ein sicheres Umfeld bieten zu können.

→ Daher fordern wir, dass das schulpsychologische Personal an Schulen drastisch erhöht werden muss. In einem ersten Schritt müssen deutlich mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Vertrauenspersonen als Alternative

Wie bereits angesprochen, kann das Ansprechen einer mentalen Krankheit eine große Belastung für Betroffene sein. Eine zusätzliche Belastung rührt daher,

dass die Schulpsycholog_innen oft als “fremde” Personen wahrgenommen werden. Je nach Persönlichkeit kann das durchaus eine Schwierigkeit sein, die aber leicht umgangen werden kann. Es ist also wichtig, dass auch eine niederschwelligere Möglichkeit besteht. Wir schlagen hier einen Ausbau des Modells der Vertrauenslehrer_innen vor.

Mit dem Ausbau und der Förderung von Vertrauenslehrer_innen kann einerseits die Kapazität der Hilfe ausgebaut werden und andererseits können psychisch labile Schüler_innen mit bereits bekannten Personen Gespräche führen. Sollte es nötig sein, können diese Vertrauenslehrer_innen noch immer die Hilfe der Schulpsycholog_innen in Anspruch nehmen.

→ Daher fordern wir, dass neben den Schulpsycholog_innen verstärkt auch Vertrauenslehrer_innen zur Verfügung stehen.

Es steht natürlich außer Frage, dass eine Vertrauensperson eine grundlegende psychologische Ausbildung braucht. Hier kann es sich um eine vertiefte Weiterbildung handeln, bei der die Lehrkräfte die Fähigkeit erlangen, psychische Probleme einzuordnen und in “einfachen” Fällen das psychologische Äquivalent von Erste-Hilfe zu leisten.

Begründung

https://www.thieme-connect.com/products/ejournals/abstract/10.1055/s-0032-1323191

https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/psychologie/news/psychologie_aid_136672-.html

https://advances.sciencemag.org/content/4/12/eaau6200

https://www.spiegel.de/gesundheit/psychologie/sport-gegen-stress-wie-bewegung-der-psyche-hilft-a-1173661.html

A10

Antrag

Initiator*innen: Paul Bauer, Arthur Lohmann, Frederik Witjes

Titel: **Schule ohne Gott und mit Verstand**

Antragstext

POSITIVE MÜNDIGKEIT

Unter positiver Mündigkeit verstehen wir alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die Entwicklung von mündigen, selbstbestimmten Bürger_innen in der Schule zu fördern. Im Kontext der Schule ohne Gott ist hier vor allem ein neutraler Ethikunterricht vonnöten. Auch der Religionsunterricht hat hier seinen Platz - aber erst, wenn sich die Schüler_innen selbstständig für ihn entscheiden können.

Ethik für Alle

In Deutschland ist Ethikunterricht schon seit langem etwas ganz normales, auch manche österreichische Schulen bieten diesen schon an. Doch leider machen das noch nicht viele und in den meisten Fällen wird er nur als eine Alternative für jene Schüler_innen, die den konfessionellen Religionsunterricht nicht besuchen wollen, angeboten.

Nach aktueller Gesetzeslage dürfen Schülerinnen und Schüler erst mit dem Erreichen der Religionsmündigkeit, also derzeit mit 14 Jahren, selbst darüber entscheiden, ob sie den Religionsunterricht besuchen wollen oder nicht. Bis dahin ist das die Aufgabe der Eltern. Im Idealfall beachten diese natürlich den Willen ihrer Kinder, doch trotzdem sollten Schülerinnen und Schüler ihre Religion selbst wählen können, vor allem in der Schule!

Ethikunterricht auf der anderen Seite ist der beste Weg, um sich nicht nur zu versichern, dass Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, die

verschiedensten Weltanschauungen zu verstehen, sondern er kann auch die Basis dafür schaffen, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Erreichen ihrer Religionsmündigkeit eine fundierte Entscheidung treffen können, ob und welche Religionsbekenntnis diese haben wollen.

→ Wir fordern also das Religionsunterricht an Schulen erst angeboten wird, wenn Kinder frei entscheiden können, ob sie diesen besuchen wollen. Ethikunterricht soll bis zur 9. Schulstufe verpflichtend sein.

Auf eine pluralistische Welt vorbereiten

Der jetzige Lehrplan für das Fach “Ethik” ist auf die Oberstufe zugeschnitten, wir sind jedoch der Meinung, dass man schon ab Schulbeginn die Themen, den Schüler_innen auf ihr Alter zugeschnitten, vermitteln kann. Ziel sollte sein das mit Ende der Schulpflicht jede Schülerin und jeder Schüler autonom und selbstreflektiert urteilen und handeln kann. Sie sollten verstehen wie man in unterschiedlichen Teilen der Erde denkt, die eigene und auch fremde Religion und Kultur sollte möglichst neutral behandelt werden. Sowohl aktuelle als auch ältere Debatten sollen betrachtet werden und die Schüler_innen sollen sich eine diversifizierte, auf Fakten basierte, Meinung zu diesen bilden können.

Ethikunterricht soll den Schüler_innen die Schönheit einer pluralistischen Gesellschaft vermitteln. Um das sicherzustellen sollten sie aber nicht nur von Religionen hören, sondern auch von Säkularismus und den dazugehörigen atheistischen und agnostischen Weltanschauungen. Der jetzige Lehrplan sieht das zwar schon teilweise vor, jedoch zeitlich sehr von den Religionen getrennt. Wir halten es für effektiver diese direkt nach den religiösen Weltanschauungen zu behandeln. Ethikunterricht soll lernen kritisch zu denken und das geht umso besser umso mehr Blickwinkel man hat.

→ Wir fordern also Ethikunterricht ab Schulbeginn. Der Lehrplan soll daran angepasst werden und einen starken fokus auf Diskurs und Kritik haben.

LGBTIQ+ mehr einbauen

Die Toleranz gegenüber LGBTIQ+ Personen ist heutzutage in der Gesellschaft oft sehr gering. Das ist schade, weil es das Leben dieser Personen erschwert. Den Schüler_innen sollten Werte vermittelt werden, damit sie sich ein eigenes (hoffentlich tolerantes) Bild von der Community bilden können. Damit das gelingt ist zuerst notwendig, dass erklärt wird was LGBTIQ+ überhaupt ist.

→ Wir fordern daher, dass in einem Ethikunterricht auch LGBTIQ+ ein Thema ist und eine Toleranz für diese Community schafft.

Religion als Freifach in der Oberstufe

Kinder unter 14 Jahren sind in Österreich nicht religionsmündig. Das heißt sie dürfen bis zu diesem Alter nicht entscheiden, ob sie Teil einer Religion sein wollen bzw. welcher Religion sie beitreten möchten. Daher werden Schüler_innen in der Volksschule und Unterstufe dazu gedrängt einen Religionsunterricht von einer Religion zu besuchen, die sie vielleicht gar nicht erlernen wollen.

In der Oberstufe (ab dem Alter von 14 Jahren) soll es den Schüler_innen freistehen , selbst zu entscheiden , ob und an welchem Religionsunterricht sie teilnehmen wollen.

→ Wir fordern dahe, dass der Religionsunterricht in der Volksschule und Unterstufe abgeschafft wird und dass die in der Oberstufe die Möglichkeit geboten wird, freiwillig einen Religionsunterricht zu besuchen.

→ Wir erachten es als sehr wichtig, dass es in dem Freifach keine Noten gibt und es auch nicht im Zeugnis steht, ob man an dem Religionsunterricht teilgenommen hat. Unter einem Freifach verstehen wir nicht, dass man sich abmelden muss, um nicht dabei zu sein, sondern selbst aktiv werden muss, um teilzunehmen.

Regelmäßige Kontrolle der Religionslehrer_innen

Im Religionsunterricht könnte die Gefahr bestehen, dass von Seiten mancher Religionslehrer_innen dogmatische oder diskriminierende Aussagen getätigt werden, wodurch den Schüler_innen Werte vermittelt werden könnten, die nicht unserem Schulideal entsprechen. Wenn beispielsweise vermittelt wird, dass es keine Evolution gibt, und alles nur die Schöpfung sei, ist das nicht faktenbasiert und die Schüler_innen werden nichts als indoktriniert.

Weil dieses Thema für das weitere Leben der Schüler_innen sehr wichtig ist und ihr selbständiges Denken gefährden kann, sollten solche negativen Aussagen im Unterricht bekämpft werden. Es bedarf einer regelmäßigen Kontrolle der Religionslehrer_innen durch die Bildungsdirektion. Diese soll dann einmal in jedem Schuljahr dem Religionsunterricht beisitzen.

Zusätzlich braucht es einen Kanal, über den Schüler_innen bewusste Indoktrinierung durch Lehrpersonen, insbesondere Religionslehrer_innen, melden können. Hierbei ist es besonders wichtig, dass der Name der Schüler_innen geschützt wird. Ein rein anonymes System lehnen wir aber ebenso ab, da es zu häufigem Missbrauch führen kann.

NEGATIVE MÜNDIGKEIT

Unter dem Begriff “Negative Mündigkeit” verstehen wir die Entfernung aller Dinge und Einflüsse, die die Entwicklung eines mündigen, selbstbestimmten Individuum einschränken. Im Kontext der religiösen Mündigkeit in der Schule handelt es sich hierbei in erster Linie um die klassischen Verdächtigen: Kreuze in den Klassenzimmern und sachlich unwichtige Betonungen des Religionsbekenntnisses der Schüler_innen.

Entfernung von religiöse Zeichen vom Schulgelände

Es ist für eine Schule, die sich die Bildung von mündigen Bürger_innen zum Ziele setzt, nicht akzeptabel, wenn sie weiterhin deutlich macht, auf welcher Seite sie steht. An der Schule angebrachte Kreuze signalisieren nur zu deutlich, dass die Schule nicht neutral ist, sondern eine Religion über andere stellt. Diese Kreuze schließen Schüler_innen aus, und passen nicht zu unserem Ideal einer Schule der Mündigkeit. Sie haben in unserer Vision nichts verloren.

→ Es ist in einem ersten Schritt absolut unerlässlich und längst überfällig, jegliche religiösen Zeichen am Schulgebäude zu entfernen.

Mein Religionsbekenntnis geht nur mich etwas an!

Es ist ebenfalls nicht relevant für die Schule, die Lehrkräfte und die Schüler_innen, welches Religionsbekenntnis die einzelnen Schüler_innen haben. Das dieses zum Teil sogar noch auf den offiziellen Zeugnissen zu finden ist, grenzt an einen Skandal. Solch eine Information ist geradezu prädestiniert, um missbraucht zu werden, und ist absolut unerheblich für die Mission der Schule.

→ Das Religionsbekenntnis der Schüler_innen sollte nicht der Schulleitung oder sonstigen Organen in der Schule bekannt sein.

Aus- und Weiterbildung von Lehrer_innen

Lehrerinnen und Lehrer tragen massiv zur Meinungsbildung von Schüler_innen bei,

auch außerhalb des vorgegeben Lehrplans. Für den Ethikunterricht ist es wichtig, dass nur staatlich geprüfte Lehrkräfte unterrichten, denn denn gerade bei solch sensiblen Themen ist eine gute Ausbildung essentiell. Beim Ethikunterricht ist ein offener, fairer und toleranter Diskurs auf evidenzbasiertem Wissen wichtig. Dieser kann aber nicht gewährleistet werden, wenn Religionslehrer_innen auf einmal von ihrer Überzeugung abweichen müssen und einen anderen Lehrplan unterrichten sollen. Ethiklehrer sollten nicht gleichzeitig Religion unterrichten.

Fortbildungen zur Toleranz und Aufklärung im Ethikunterricht

Es braucht eine Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, die Ethik unterrichten werden. Langfristig soll natürlich ein eigenes Lehramtsstudium geschaffen werden. Im Ethikunterricht soll unbedingt über die verschiedenen Religionen aufgeklärt werden, dies muss unabhängig von der Meinung eines Lehrers oder einer Lehrerin passieren. Wie oben erwähnt, ist ein toleranter und fairer Diskurs gegenüber anderen Meinungen wichtig, dieser kann am besten durch ausreichender Ausbildung der Lehrkräfte gewährleistet werden. Genau deshalb braucht es auch regelmäßige Fortbildungen von Lehrer_innen in diesem Bereich. Dort soll selber erarbeitet, aber auch gelernt werden, wie man eím Ethikunterricht am besten unterrichtet. Beispiele hierfür sind: wie gehe ich mit radikalen Meinungen für Schüler_innen um? Wie kann ich als Lehrer_in über Religionen aufklären, ohne die persönlichen Meinung der Schüler_innen anzugreifen? Diese Fortbildungen sind verpflichtend.

→ Wir fordern also, dass es für alle Ethik-Lehrkräfte verpflichtende Fortbildungen gibt.

A11

Antrag

Initiator*innen: Dominik Attila Nyilas

Titel: **Ein liberales Update für die Berufsschulen**

Antragstext

Die Duale Ausbildung im Rahmen der Berufsschulen ist in kaum einem Land so stark ausgebaut wie in Österreich. Wir sehen in ihr ein großes Potenzial, bildet sie doch Fachkräfte aus, die für unser wirtschaftliches Leben von hoher Bedeutung sind.

Allzu Oft wird diese an sich sehr qualitative Ausbildung jedoch nur als die “schlechte Alternative” zur Oberstufe gesehen. Das muss ein Ende haben. Es braucht hier eine stärkere allgemeine Basis, eine höhere pädagogische Qualität, mehr Freiheit innerhalb der Lehre und eine Lehre, die wirklich auf die derzeitige wirtschaftliche Realität vorbereitet - und nicht auf eine erträumte Vergangenheit.

Mündigkeit: Einführung von Maturaklassen in Berufsschulen

Berufsschüler_innen haben es, genauso wie alle anderen Schüler_innen, verdient, dass sie in der Schule auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden. Dafür braucht es jedoch nicht nur eine gute wirtschaftliche Ausbildung, sondern auch eine verstärkte Allgemeinbildung. Nur so können Berufsschüler_innen am Diskurs teilhaben, und sich politisch beteiligen und ein mündiges, also letztlich freies Leben führen. Um diese Allgemeinbildung effizient zu stärken, muss die Lehre mit Matura verstärkt angeboten werden.

Derzeit ist die Matura in der Berufsschule oft kein Thema. Wenn man die allgemeinbildende Komponente der Berufsschulen aufwerten will, muss man hier ansetzten: Es soll an jeder Berufsschule eine Maturaklasse angeboten werden, in der man direkt auf die Matura vorbereitet wird.

Das ermöglicht mehr Freiheit für die Maturant_innen, sind sie doch mit bestandener Matura nicht so abhängig von ihrem erlernten Beruf. Zugleich kann hier eine Entstigmatisierung der Berufsschulen gelingen. Die Berufsschule wird zu einem von mehreren Wegen hin zur Matura.

→ Wir fordern, dass an allen Berufsschulen Maturaklassen angeboten werden, in denen man direkt auf eine berufsbegleitende Matura vorbereitet wird.

Wichtig ist es hier festzuhalten, dass die Teilnahme an einer Maturaklasse nicht verpflichtend ist: Sie bildet nur einen möglichen Weg durch die Berufsschule.

Chancengerechtigkeit: Höhere Standards für den Unterricht in der Berufsschule

Der Unterricht an Berufsschulen muss, wie der an jeder anderen Schule, pädagogischen Standards entsprechen. Sowohl die Ausbildung der Lehrkräfte, als auch echte Transparenz in der Benotung, sind hier von großer Bedeutung.

Pädagogische Ausbildung für alle Lehrkräfte

Derzeit unterrichten in den Berufsschulen sehr viele Quereinsteiger_innen. Das ist an und für sich auch eine große Stärke der Berufsschulen, bringen diese Quereinsteiger_innen doch echte fachliche Erfahrung mit. Es ist aber von großer Bedeutung, dass Lehrkräfte neben dieser fachlichen Erfahrung über pädagogische Kompetenz verfügen. Hier muss ein Mittelweg gefunden werden.

Am besten kann dies durch eine kurze Ausbildung und regelmäßige Fortbildungen der neuen Quereinsteiger_innen gewährleistet werden. Hierbei soll vor allem auf didaktische Grundsätze geachtet werden. Selbst wenn dies die Hemmschwelle für Quereinsteiger_innen womöglich erhöht, ist eine grundlegende pädagogische Ausbildung unumgänglich, um grundlegende Qualität zu gewährleisten.

→ Wir fordern also, dass jede Lehrkraft, die in einer Berufsschule unterrichtet, eine fundamentale didaktische und pädagogische Ausbildung erfahren hat.

Klare Standards für die Notenvergabe

Es braucht auch bei der Benotung höhere Standards an den Berufsschulen. Allzu Oft sind die vergebenen Noten kaum nachvollziehbar, geschweige denn einsehbar. Noten können, davon sind wir überzeugt, nur gerecht sein, wenn im Vorraus ein klarer, transparenter Notenschlüssel vorgegeben wird.

Anhand dieses Notenschlüssels sollten die Schüler_innen jederzeit ihre eigene Note erfahren können. Auch Frühwarnungen in Berufsschulen werden dadurch möglich. Auf einer Online-Plattform, oder im Sekretariat, sollte die eigene Note in Echtzeit einsehbar sein.

→ Wir fordern also transparente Notenschlüssel in allen Fächern der Berufsschulen.

Freiheit: Modularisierung der Berufsschulen

Es braucht mehr Freiheit in der Berufsschule. Während der durch die Betriebe fixierten Turni sollten die Schüler_innen selbst entscheiden können, welches Modul sie besuchen wollen. Das schafft mehr Freiheit und mehr Flexibilität.

Eine solche Modularisierung ermöglicht auch jedem seinen eigenen Rhythmus zu finden. Wenn ein Modul besonders schwer fällt, kann man sich stattdessen auf ein anderes Modul fokussieren.

→ Wir fordern also, dass die Curricula der Berufsschulen in Modulen aufgestückelt werden. Diese können unabhängig voneinander absolviert werden.

Schon erledigte Module sollten auch in anderen Berufsausbildungen anerkannt werden. Damit schafft man auch mehr Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Ausbildungen. Es müssen auch nicht alle Module auf der selben Schule absolviert werden.

→ Wir fordern also, dass man bereits erlernte Module in eine andere Ausbildung “mitnehmen” kann.

Berufsschule der Moderne und nicht der Vergangenheit

Damit Berufsschulen ihrem Anspruch gerecht werden, müssen sie auf die Arbeitswelt vorbereiten - und zwar auf die heutige. Hier ist es wichtig, dass die Praxisstunden ausgebaut werden, und der Bezug zu Unternehmen verstärkt hergestellt wird. Die Lehre muss auch, um der zunehmenden Internationalisierung der Arbeitswelt nicht hinterherzuhinken, deutlich mehr Möglichkeiten zur Sammlung von Auslandserfahrung bieten.

Mehr Bezug zu Unternehmen

Allzu Oft werden Unternehmen von den Berufsschulen ferngehalten. Es ist aber

nunmal von großer Bedeutung, dass Schüler_innen auch während ihrer Turni in Kontakt mit den Unternehmen der Branche zu kommen.

Um dies zu ermöglichen sollen gezielt Berufsmessen an Berufsschulen organisiert werden. Dadurch werden den Schüler_innen im besten Fall auch mehr Chancen fernab von ihren Lehrbetrieben geboten.

→ Wir fordern also, dass Berufsschulen Unternehmen gezielt zu Berufsmessen einladen.

Mehr Praxisstunden

Eine Berufsschule sollte kein Ort für ausnahmslosen Frontalunterricht sein. Nur wenn stark auf Praxis gesetzt wird, kann eine echte Berufsausbildung gelingen. Die heutigen Berufsschulen werden diesem Anspruch leider nicht wirklich gerecht.

Gerade die Turnis sollten für vertiefte Praxismöglichkeiten verwendet werden. Es sollten einzelne Stunden gezielt für Praxis verwendet werden. Hierbei können die Schüler_innen unter Aufsicht von Lehrpersonen mit Instrumenten und theoretisch erlernten Techniken experimentieren.

→ Wir fordern also deutlich mehr Praxisstunden in allen Berufsschulen mit handwerklichen Bezug.

IFA und andere Modelle für Auslandserfahrung stärken

Die heutige Arbeitswelt endet nicht an österreichs Grenzen. Um den Schüler_innen echte Perspektiven zu bieten, muss es mehr Möglichkeiten für Auslandserfahrung geben.

Vor allem der Auslandsaustausch sollte bei spezialisierten Ausbildungen forciert werden. Modelle wie der Internationale Fachkräfteaustausch können wertvolle Erfahrungen mit sich bringen. Sie gehören ausgebaut und stärker gefördert.

→ Wir fordern also einen Ausbau der Möglichkeiten um Auslandserfahrung zu sammeln.

A11NEU

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Ein liberales Update für die Berufsschulen**

Antragstext

Die Duale Ausbildung im Rahmen der Berufsschulen ist in kaum einem Land so stark ausgebaut wie in Österreich. Wir sehen in ihr ein großes Potenzial, bildet sie doch Fachkräfte aus, die für unser wirtschaftliches Leben von hoher Bedeutung sind.

Allzu Oft wird diese an sich sehr qualitative Ausbildung jedoch nur als die “schlechte Alternative” zur Oberstufe gesehen. Das muss ein Ende haben. Es braucht hier eine stärkere allgemeine Basis, eine höhere pädagogische Qualität, mehr Freiheit innerhalb der Lehre und eine Lehre, die wirklich auf die derzeitige wirtschaftliche Realität vorbereitet - und nicht auf eine erträumte Vergangenheit.

Mündigkeit: Einführung von Maturaklassen in Berufsschulen

Berufsschüler_innen haben es, genauso wie alle anderen Schüler_innen, verdient, dass sie in der Schule auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden. Dafür braucht es jedoch nicht nur eine gute wirtschaftliche Ausbildung, sondern auch eine verstärkte Allgemeinbildung. Nur so können Berufsschüler_innen am Diskurs teilhaben, und sich politisch beteiligen und ein mündiges, also letztlich freies Leben führen. Um diese Allgemeinbildung effizient zu stärken, muss die Lehre mit Matura verstärkt angeboten werden.

Derzeit ist die Matura in der Berufsschule oft kein Thema. Wenn man die allgemeinbildende Komponente der Berufsschulen aufwerten will, muss man hier ansetzten: Es soll an jeder Berufsschule eine Maturaklasse angeboten werden, in der man direkt auf die Matura vorbereitet wird.

Das ermöglicht mehr Freiheit für die Maturant_innen, sind sie doch mit bestandener Matura nicht so abhängig von ihrem erlernten Beruf. Zugleich kann hier eine Entstigmatisierung der Berufsschulen gelingen. Die Berufsschule wird zu einem von mehreren Wegen hin zur Matura.

→ Wir fordern, dass an allen Berufsschulen Maturaklassen angeboten werden, in denen man direkt auf eine berufsbegleitende Matura vorbereitet wird.

Wichtig ist es hier festzuhalten, dass die Teilnahme an einer Maturaklasse nicht verpflichtend ist: Sie bildet nur einen möglichen Weg durch die Berufsschule.

Chancengerechtigkeit: Höhere Standards für den Unterricht in der Berufsschule

Der Unterricht an Berufsschulen muss, wie der an jeder anderen Schule, pädagogischen Standards entsprechen. Sowohl die Ausbildung der Lehrkräfte, als auch echte Transparenz in der Benotung, sind hier von großer Bedeutung.

Pädagogische Ausbildung für alle Lehrkräfte

Derzeit unterrichten in den Berufsschulen sehr viele Quereinsteiger_innen. Das ist an und für sich auch eine große Stärke der Berufsschulen, bringen diese Quereinsteiger_innen doch echte fachliche Erfahrung mit. Es ist aber von großer Bedeutung, dass Lehrkräfte neben dieser fachlichen Erfahrung über pädagogische Kompetenz verfügen. Hier muss ein Mittelweg gefunden werden.

Am besten kann dies durch eine kurze Ausbildung und regelmäßige Fortbildungen der neuen Quereinsteiger_innen gewährleistet werden. Hierbei soll vor allem auf didaktische Grundsätze geachtet werden. Selbst wenn dies die Hemmschwelle für Quereinsteiger_innen womöglich erhöht, ist eine grundlegende pädagogische Ausbildung unumgänglich, um grundlegende Qualität zu gewährleisten.

→ Wir fordern also, dass jede Lehrkraft, die in einer Berufsschule unterrichtet, eine fundamentale didaktische und pädagogische Ausbildung erfahren hat.

Klare Standards für die Notenvergabe

Es braucht auch bei der Benotung höhere Standards an den Berufsschulen. Allzu Oft sind die vergebenen Noten kaum nachvollziehbar, geschweige denn einsehbar. Noten können, davon sind wir überzeugt, nur gerecht sein, wenn im Vorraus ein klarer, transparenter Notenschlüssel vorgegeben wird.

Anhand dieses Notenschlüssels sollten die Schüler_innen jederzeit ihre eigene Note erfahren können. Auch Frühwarnungen in Berufsschulen werden dadurch möglich. Auf einer Online-Plattform, oder im Sekretariat, sollte die eigene Note in Echtzeit einsehbar sein.

→ Wir fordern also transparente Notenschlüssel in allen Fächern der Berufsschulen.

Freiheit: Modularisierung der Berufsschulen

Es braucht mehr Freiheit in der Berufsschule. Während der durch die Betriebe fixierten Turni sollten die Schüler_innen selbst entscheiden können, welches Modul sie besuchen wollen. Das schafft mehr Freiheit und mehr Flexibilität.

Eine solche Modularisierung ermöglicht auch jedem seinen eigenen Rhythmus zu finden. Wenn ein Modul besonders schwer fällt, kann man sich stattdessen auf ein anderes Modul fokussieren.

→ Wir fordern also, dass die Curricula der Berufsschulen in Modulen aufgestückelt werden. Diese können unabhängig voneinander absolviert werden.

Schon erledigte Module sollten auch in anderen Berufsausbildungen anerkannt werden. Damit schafft man auch mehr Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Ausbildungen. Es müssen auch nicht alle Module auf der selben Schule absolviert werden.

→ Wir fordern also, dass man bereits erlernte Module in eine andere Ausbildung “mitnehmen” kann.

Berufsschule der Moderne und nicht der Vergangenheit

Damit Berufsschulen ihrem Anspruch gerecht werden, müssen sie auf die Arbeitswelt vorbereiten - und zwar auf die heutige. Hier ist es wichtig, dass die Praxisstunden ausgebaut werden, und der Bezug zu Unternehmen verstärkt hergestellt wird. Die Lehre muss auch, um der zunehmenden Internationalisierung der Arbeitswelt nicht hinterherzuhinken, deutlich mehr Möglichkeiten zur Sammlung von Auslandserfahrung bieten.

Mehr Bezug zu Unternehmen

Allzu Oft werden Unternehmen von den Berufsschulen ferngehalten. Es ist aber

nunmal von großer Bedeutung, dass Schüler_innen auch während ihrer Turni in Kontakt mit den Unternehmen der Branche zu kommen.

Um dies zu ermöglichen sollen gezielt Berufsmessen an Berufsschulen organisiert werden. Dadurch werden den Schüler_innen im besten Fall auch mehr Chancen fernab von ihren Lehrbetrieben geboten.

→ Wir fordern also, dass Berufsschulen Unternehmen gezielt zu Berufsmessen einladen.

Mehr Praxisstunden

Eine Berufsschule sollte kein Ort für ausnahmslosen Frontalunterricht sein. Nur wenn stark auf Praxis gesetzt wird, kann eine echte Berufsausbildung gelingen. Die heutigen Berufsschulen werden diesem Anspruch leider nicht wirklich gerecht.

Gerade die Turnis sollten für vertiefte Praxismöglichkeiten verwendet werden. Es sollten einzelne Stunden gezielt für Praxis verwendet werden. Hierbei können die Schüler_innen unter Aufsicht von Lehrpersonen mit Instrumenten und theoretisch erlernten Techniken experimentieren.

→ Wir fordern also in Berufsschulen mit handwerklichem Fokus, deutlich mehr Praxisstunden und einen kontrollierten Rahmen in dem Schüler_innen die Praxisräume außerhalb des Unterrichts zur Übung verwenden können.

IFA und andere Modelle für Auslandserfahrung stärken

Die heutige Arbeitswelt endet nicht an österreichs Grenzen. Um den Schüler_innen echte Perspektiven zu bieten, muss es mehr Möglichkeiten für Auslandserfahrung geben.

Vor allem der Auslandsaustausch sollte bei spezialisierten Ausbildungen forciert werden. Modelle wie der Internationale Fachkräfteaustausch können wertvolle Erfahrungen mit sich bringen. Sie gehören ausgebaut und stärker gefördert.

→ Wir fordern also einen Ausbau der Möglichkeiten um Auslandserfahrung zu sammeln.

A12

Antrag

Initiator*innen: Thomas Andreas Heimhilcher

Titel: **Individuelle Förderung**

Antragstext

Wir, Junos Schüler_innen fordern individuelle Förderung für Schüler_innen mit einer oder mehreren Lernschwächen. Am Ende des Tages geht es um die Förderung und Unterstützung von Schüler_innen mit einer oder mehreren Lernschwächen. Aus diesem Grund gibt es in diesem Bereich des österreichischen Bildungssystem und Schulsystem noch einen Handlungsbedarf, weil die Ausbildung und Weiterbildung eines Menschen über den persönlichen Erfolg entscheidet. Ein hoher Grad an Förderung von Menschen mit einer oder mehreren Lernschwächen, schafft am Ende des Tages neue Leistungsträger_innen in der Gesellschaft.

Jede_r Schüler_in sollte das Recht auf echte Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und Schulsystem haben, weil die Entfaltung von Talenten und die Erfüllung von Lebensträumen ein wesentlicher Bestandteil unserer Werte ist. Damit, aber dieses Ziel erreicht wird braucht es unserer Meinung nach konkrete und differenzierte Forderung:

Die Förderung von Schüler_innen mit einer oder mehren Leseschwächen durch Fachpersonal in der Schule im Einzelunterricht, aber auch in der Gruppe mit anderen Schüler_innen. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden auf die konkreten Problemstellungen in den jeweiligen Gegenständen einzugehen. In diesem Sinn geht es aber nicht nur um normale Nachhilfe für Schüler_innen, sondern um die vielseitige Unterstützung mit differenzierten und individuellen Materialien für die jeweilige Person. Damit wird die Grundlage dafür geschaffen, dass die Schüler_innen ihren individuellen Weg gehen.

Menschen mit einer oder mehreren Lernschwächen

Lernschwächen bzw. Lernbeeinträchtigungen sind in der Gesellschaft in vielen Formen vertreten. Aus diesem Grund möchte ich einige Lernbeeinträchtigungen erklären.

- Dyslexie (Sehvermögen und Hörvermögen vorhanden, aber geringes Text -und Leseverständnis)

- Legasthenie (Lese -und Schreibschwäche)

- Dyskalkulie (Rechenschwäche)

- Dystrophie (Rechtschreibschwäche)

- Dyspraxie (lebenslange Koordinations- und Entwicklungsschwäche)

- Hyperlexie (Anzeichen für Autismus, Asperger-Syndrom oder das Williams-Beuren- Syndrom)

- neurologisch bedingten Lernschwächen (Erkrankungen des Nervensystems in Verbindung mit Lernschwächen)

Durch die Vielseitigkeit der Lernbeeinträchtigungen ist eine individuelle Förderung von Schüler_innen ins Auge zu fassen, weil der Lernerfolg des Kindes oder Jugendlichen damit gesteigert und verbessert werden kann. In diesem Sinn geht es uns aber auch um die Weiterbildung und Ausbildung von Lehrkräften in diesem Bereich.

Eine Aus -und Weiterbildung für Lehrpersonal ist nur dann möglich, wenn auch ein Lehrgang zu diesem Thema geschaffen wird. Durch Erfahrung und andere Fähigkeiten der Unterstützung von Schüler_innen wird der Fokus auf die zentralen Themen der Zeit gesetzt, weil die Ausbildung in einem Umfeld der Wissenschaft stattfinden sollte. Ein Lehrgang von zwölf Monaten ist in diesem Zusammenhang ins Auge zufassen.

Des Weiteren sollte die Unterstützung von Schüler_innen durch individuelle Förderung in den Lehrplan, und dadurch auch die Unterrichtszeit integriert werden, weil es zu keinen Mehrbelastung führen sollte.

Die Förderung bzw. Unterstützung von Schüler_innen stellt die Möglichkeit dar die Chancengerechtigkeit an österreichischen Schulen ein Stück weit mehr in das Zentrum stellen.

A13

Antrag

Initiator*innen: Felix Schnabl

Titel: **Bildung zur Mündigkeit**

Antragstext

Der Unterschied zwischen Bildung und Ausbildung wird geradezu inflationär betont. Und das nicht ganz zu unrecht. Die Schule, so sagt man oft, sollte sich beiden Dingen widmen. Einerseits ist es ihre Aufgabe, die Schüler_innen zu bilden, ihnen ein Wissen mitzugeben, das keine direkte Nützlichkeit haben muss, sondern die Schüler_innen selbst wachsen lässt. Ein Wissen, das die Schüler_innen wohl nie konkret anwenden werden, das sie aber ein Leben lang begleiten wird. Gerade wir dürfen dieses Wissen, das in der “Schule des Lebens” oft vergessen wird, nicht links liegen lassen. Es ist nämlich erst die Bildung, die eine wirkliche Schule des Lebens, und nicht nur des zukünftigen Berufs, ermöglichen kann. Und die damit unser Ideal der Mündigkeit ermöglicht.

Was heißt es also, das Bildungsideal in unsere liberale Sicht der Schule mit einzubeziehen? Es heißt zuallererst, dem offenen und vielleicht auch abstrakten Denken einen Platz einzuräumen.

Abstraktes Denken fördern und fordern - Eine zusätzliche “offene” Prüfung bei der Matura

Die erste Schraube, die sich uns anbietet, um an ihr zu drehen, ist die Endprüfung. Sie kann als Festschreibung der Ziele der Schulbildung angesehen werden. Prüfungen sollten nicht nur erworbenes Wissen abprüfen, sondern auch die Fähigkeit, eine fundierte Meinung abzugeben, ohne dabei gleich eine konkrete Anwendung für sie zu suchen. Es muss im Rahmen der Matura mindestens eine solche Prüfungssituation geben, die sich bewusst das Abprüfen einer intellektuellen Mündigkeit zum Ziele setzt.

Nun ist “Abprüfen von einer intellektuellen Mündigkeit” eine sehr ungenaue Beschreibung. Wie also soll diese Prüfung konkret aussehen? Eine Möglichkeit wäre es, nur eine einzige, offene philosophisch-politische Frage zu stellen. Jede und jeder könnte sie in ihrer oder seiner Art beantworten, mit ihrer oder seiner Interpretation der durch sie aufgeworfenen Problemstellung. Diese Art von Essay-Prüfung mag zwar schwerer zu benoten sein, als enge Kompetenzchecks. Aber die Fähigkeit, sich eine kohärente Meinung auf Basis einer breiten Vorbildung zu bilden, ist nötiger denn je.

→ Wir fordern also bei der Matura eine zusätzliche “offene” schriftliche Prüfung. Hierbei sollte weniger der Erwerb von konkreten Kompetenzen, denn die Fähigkeit, eine eigenständige und fundierte schriftliche Antwort auf eine intellektuell anspruchsvolle und offene Fragestellung zu artikulieren, im Vordergrund stehen.

Was wird hier dann noch benotet? Die Kohärenz der Argumentation, und die Fähigkeit, sie überzeugend, auch mithilfe von Beispielen, niederzuschreiben kann man durchaus benoten. Natürlich ist es hier - mehr als je - wichtig, dass nicht die eigene, inhärent subjektive Lehrkraft die Arbeit benotet.

Eine solche neu gedachte Prüfung verlangt auch nach einer Vorbereitung. Diese soll durch alle Fächer hindurch geschehen. Gerade in Fächern, die derzeit keine Maturafächer sind, sollte auf sie hingearbeitet sein. Insbesondere Psychologie und Philosophie (PP), der Ethikunterricht, und das eigenständige Fach Politische Bildung sollten auf diese Prüfung durch eine Initiierung zur Debattenkultur, und auch zum Schreiben von Essays vorbereiten. Auch in Geschichte und Geographie kann hier eine gewisse Vorbereitung geschehen.

Diese Prüfung wäre, um ihren Sinn zu haben, sowohl für AHS als auch BMHS verpflichtend. Ihre Länge sollte nicht zu kurz bemessen sein, sondern an die der anderen Prüfungen angeglichen sein - hier kann aber auch ein Unterschied zwischen den Schultypen gemacht.

Literarische Bildung fördern und fordern - im Unterricht, und bei der Endprüfung

Zum klassischen Bildungsideal zählt auch, an erster Stelle sogar, das Studium der Literatur. Literarische Bildung ist aber in Österreich oft zurückgedrängt, abgeschwächt und ein Mittel zum Zweck. Das ist aber eine Zweckentfremdung der Literatur: Sie soll nicht direkt nützlich sein, sondern Horizonte, Denkweise und Perspektiven öffnen. Sie sollte uns schlichtweg helfen, die Welt, die uns umgibt, mit anderen, bewussteren Augen zu sehen.

Mehr Literarische Bildung heißt für uns nicht einen verpflichtenden Kanon durchzusetzen, in dem eine Reihe von “wichtigen” Werken zu finden ist, die jede und jeder gelesen haben muss. Es sollte der Lehrkraft selbst überlassen sein, wie sie die einzelnen Genres und Epochen ihren Schüler_innen näherbringt. Hierbei muss auch ein kritischer Umgang mit den Texten gelernt werden, damit die Schüler_innen.

Zugleich muss aber auch die durch die Endprüfung artikulierte Erwartung an den Unterricht verändert werden. Weniger als auf viele verschiedene Textsorten sollte das Augenmerk auf eine literarische Einordnung der Texte gelegt werden. Hierbei soll zumindest ein Operator bei den “literarischen” Textsorten (Textanalyse, Textinterpretation) diesem “in Perspektive”-Setzen gewidmet sein. Diese Textsorten sollten dahingehend auch in jeder Angabe vertreten sein. Es ist auch anzudenken, manche Textsorten zu streichen, um für den verstärkten Fokus auf literarische Einordnung zu kompensieren.

Tote Sprachen vor dem Aussterben retten - Latein und Altgriechisch dürfen nicht aus den Schulen verschwinden

Altertümliche Sprachen gelten häufig als wahlweise sinnlos, unnötig und zeitverschwenderisch. Sie zu lernen kann aber auch Horizonte aufzeigen und überraschende Perspektiven öffnen. Es ist also durchaus zu bedauern, dass diese Sprachen langsam immer weiter aus den Schulen verschwinden.

Diese Sprachen verpflichtend zu machen, und somit allen Schüler_innen aufzuzwingen, ist aber auch kein Weg. Das führt nur zu Trotzreaktionen und somit weiterer Ablehnung. Es gilt also die Möglichkeiten auszubauen, um wirklich jeder und jedem die Möglichkeit zu bieten, diese Sprachen und die dazugehörenden Denkweisen zu erlernen.

Neben dem Erhalten von der derzeitigen Zahl von Lehrkräften, die diese Fächer unterrichten, braucht es, um mehr Schüler_innen zu diesen Fächern zu bringen, auch eine deutlich ausgebaute Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Schulen. Hier können Clustermodelle, bei denen Schüler_innen für einzelne Fächer (zB eben Latein oder Altgriechisch) in andere Schulen gehen, eine deutliche Verbesserung sein. Sie sollten also generalisiert werden.

Im ländlichen Raum ist dieses Modell naturgemäß schwerer umzusetzen. Hier kann es hilfreich sein, auf Remote Learning zu setzen. So könnten die Schüler_innen einen durch und durch online abgehaltenen Unterricht erfahren, der aber genauso Prüfungen und auch die Möglichkeit, zu maturieren bietet. Auch diese Remote Learning Möglichkeiten, wenn professionell organisiert,

können eine große Chance für das verstärkte Angebot von klassischen Sprachen sein.

Natürlich richtet sich dieses Angebot der klassischen Sprachen insbesondere an die AHS-Oberstufe, sollte aber auch schulautonom für BMHS Schüler_innen angeboten werden.

A14

Antrag

Initiator*innen: Sarah Bamberger

Titel: **Chancengerechtigkeit durch sprachliche Bildung: Mehrsprachigkeit als Ressource**

Antragstext

Status Quo

Sprache ist Macht. Sie bestimmt unser Denken und Handeln, ermöglicht Empathie und kann Frieden stiften. Dennoch wird zwei- oder mehrsprachiges Aufwachsen nach wie vor mehrheitlich als Manko gesehen, das es abzuwehren und wenn möglich zu verhindern gilt. Explizit Sprachen des osteuropäischen, asiatischen und afrikanischen Raumes genießen weder Anerkennung noch Wertschätzung in österreichischen Bildungsinstitutionen. Das Modell der Hierarchie der Sprachen verdeutlicht diesen Umstand: Deutsch als nationale Sprache ist den Minderheiten- und Migrationssprachen, Sprachvarietäten und Ethnolekten übergeordnet. Jener Umstand zeigt sich auch in der „German-only-policy“ der österreichischen Politik. Mehrsprachigkeit scheint in Bildungseinrichtungen keinen Platz zu haben, das möglichst rasche Erlernen der deutschen Sprache von Kindern mit anderen Erstsprachen hat höchste Priorität. Die oft geforderten und auch mehrheitlich umgesetzten Deutschförderklassen zielen exakt darauf ab. Dass jene nicht nur aus sprachwissenschaftlicher, sondern auch aus sozialer Sicht hinderlich sind, wird von BildungswissenschaftlerInnen und praktisch Tätigen bereits jahrelang kritisiert: Soziale Ausgrenzung wird verstärkt und ein natürliches Erlernen der Sprache nach dem Immersionsprinzip sowie sogenanntes Content-Integrated-Learning verhindert. Die Konstruktion des Monolingualismus als Norm führt jedoch dazu, dass den Familiensprachen eine marginalisierte Stelle in der Bildungspolitik und in der pädagogischen Praxis zugewiesen wird. Liddicoat & Curnow, die mehrere Untersuchungen im Bereich Mehrsprachigkeit durchführten, sprechen in diesem Zusammenhang von einem Problem der Wahrnehmung und der Ideologie: «The lack of space for student’s home languages in curricula

is therefore a perceptual and ideological problem».

Diese Marginalität hat weitreichende Auswirkungen auf den Bildungserfolg von Kindern: So erreichte bei den Bildungsstandards im Jahr 2020 ein Drittel der Schüler_innen mit Migrationshintergrund die gesetzten Ziele nicht, ein weiteres Drittel nur teilweise. Bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund war dieses Verhältnis genau umgekehrt, fast zwei Drittel erreichten oder übertrafen die Lernziele. Ein Korrelation zwischen der Erstprache und dem Bildungserfolg erscheint hier durchaus auffällig.

Warum Erstsprachen explizit gefördert werden müssen

Statt die Erst- und die Zweitsprache als sich getrennt entwickelnde Systeme zu betrachten und dementsprechend zu beurteilen, plädieren neue Konzepte wie das dynamic model of multilingualism für die einheitliche Betrachtung der sich dynamisch entwickelnden Sprachen.

Dass eine gefestigte Erstprache das Erlernen einer Zweitsprache erleichtert, wird auch von Studien und Untersuchungen belegt. So zeigte bereits die Studie von Verhoeven 1994, dass insbesondere in phonologischen, pragmatischen und literalen Fähigkeiten eine Abhängigkeit zwischen verschiedenen Sprachen vorliegt. Auch der Hauptbefund der Studie von Dufva und Voeten (1999) zeigte einen positiven Einfluss der Erstsprache auf die Fremdsprache Englisch in den Bereichen Worterkennung, Lese- und Hörverstehen sowie bezüglich des phonologischen Gedächtnisses.

Ebenso lässt sich jene Annahme aus entwicklungspsychologischer Sicht bestätigen. Wird ein Kind mit einer weiteren Sprache konfrontiert, bildet die Erstsprache einen wesentlichen Faktor für die Entwicklung der Zweitsprache. Bereits erworbene Elemente in der Erstsprache beeinflussen die Erwerbsprozesse der Zweitsprache. Sprachstrukturen und -regeln, die in der Erstsprache und in der Zweitsprache identisch sind, werden leicht und fehlerfrei erworben. Beim Erwerb von unterschiedlichen Sprachelementen stellt die Erstsprache Strukturen zur Verfügung, die in der neuen Sprache noch nicht erworben sind und erleichtert so den Sprachlernprozess.

Bestehen erhebliche Defizite in der Erstsprache, wird das Erlernen der Zweitsprache negativ beeinträchtigt. Da in den ersten Lebensjahren das Fundament für die weitere Sprachentwicklung aller Sprachen gelegt wird, kann der Erwerb einer weiteren Sprache nur dann adäquat vonstatten gehen, wenn die Erstsprache bereits differenziert erworben wurde.

Unabhängig von ihrem positiven Effekt auf die Zweitsprache geht es bei der Erstsprachenförderung primär um bildungspolitische Entscheidungen, welche die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung der Familiensprachen ins Zentrum stellen sollten. Denn nur ein positives, wertschätzendes und annehmendes Umfeld kann, wie die entwicklungspsychologische Forschung zeigt, zu echtem Bildungserfolg führen.

Konsequenzen und Lösungen für ein zukunftsfites Bildungssystem

Unter sprachlicher Bildung werden grundsätzlich «alle pädagogischen Bemühungen (...), dem Kind durch direkte oder indirekte Massnahmen diejenigen Sprachkontexte zu bereiten, die es braucht, um seine Sprachentwicklungspotentiale in möglichst allen Facetten optimal zu entwickeln» verstanden. Chancengerechtigkeit durch sprachliche Bildung bedeutet dementsprechend, das gesamte sprachliche Potenzial eines Individuums diversitätsbewusst zu fördern.

In diesem Zusammenhang kommt Lehrpersonen zum einen die zentrale Aufgabe zu, mehrsprachige Schüler_innen in all ihren sprachlichen Potenzialen differenziert wahrzunehmen. Dafür braucht es jedoch eine stärkere Sensibilisierung sowie Thematisierung im Lehramtstudium.

→ Wir fordern also, dass die theoretischen und didaktischen Ansätze der Mehrsprachigkeit einen zentralen Platz in der Lehrer_innenausbildung finden.

Weiters muss, wie oben bereits erörtert wurde, Erstprachenförderung Einzug in österreichische Bildungsinstitutionen und Curricula erhalten. Dies kann primär durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen herkunftssprachlichen und österreichischen Lehrpersonen geschehen und erfordert innovative Unterrichtsmethoden.

→ Wir fordern also, dass die Erstsprachen der Schüler_innen zunehmend etwa durch den zeitlich beschränkten Einsatz herkunftssprachlicher Lehrpersonen in der Regelklasse, wöchentliches Teamteaching während eines Quartals oder Semesters, integrierten Deutsch-Unterricht oder den Einbezug in Schulprojekte gefördert werden.

Trotz stärkerem Fokus auf die Förderung der Erstsprachen von Schüler_innen darf und soll die Bedeutung von Deutsch als Bildungssprache nicht nach unten nivelliert werden. Genau aus aus jenem Grund braucht es den sogenannten sprachsensiblen Unterricht, der einen bewussten Umgang mit Sprache als Medium zum Ziel hat und dessen Umsetzung ebenfalls eine Sensibilisierung des

Lehrpersonals erfordert.

→ Deshalb fordern wir die explizite Förderung der Unterrichtssprache Deutsch in ausnahmslos allen Fächern.

Begründung

1) vgl. Anthony J. Liddicoat, Timothy Jowan Curnow: Students' home languages and the struggle for space in the curriculum

2) https://www.derstandard.at/story/2000119993501/wie-viele-schueler-mit-migrationshintergrund-zu-schlecht-deutsch-koennen

3) vgl. Fried (2010)

A15

Antrag

Initiator*innen: Frederik Witjes

Titel: **Förderung der rhetorischen Fähigkeiten in der Schule**

Antragstext

In der Schule sollen wir bekanntlich auf das Leben vorbereitet werden, doch wie wir alle wissen ist dem leider nicht immer so. Es mangelt im aktuellen Bildungssystem akut an ausreichender Vorbereitung der Schüler_innen auf das “echte” Leben. Kaum jemand weiß was es mit Verträgen auf sich hat, oder wie man richtig mit verschiedenen offenstehenden Rechnungen umzugehen hat. Eine Sache die auch viel zu sehr unterschätzt wird, ist die Fähigkeit rhetorisch gut zu sein, und auch ordentlich und faktenbasiert argumentieren zu können. Manche haben das Glück diese Kompetenzen von zuhause mitzunehmen, doch in der Schule wird einem nicht viel mehr beigebracht, als dass man bei einem Referat nicht zu viel auf den Zettel schauen soll. Rhetorik wird in der Schule oft benötigt, ob es während der VWA Präsentation, einem Referat oder einfach dem regulären Unterricht ist und doch erhält dieses Thema viel zu wenig Aufmerksamkeit.

Grundkompetenzen der Rhetorik erlernen

Um im späteren Leben erfolgreich zu sein, braucht es mehr als nur eine gute Ausbildung. Es braucht auch die Fähigkeit, mit den eigenen Kompetenzen zu überzeugen.

Es ist also wichtig, dass schon in der Schule rhetorische Kompetenz erlernt wird Beispiele hierfür wären: Wie wirke ich selbstbewusst? Wie spreche ich am besten deutlich? Was kann ich tun, wenn ich meinen Text vergesse? Denn in der Schule wird uns eingeprägt: entweder du lernst deinen Text auswendig, oder du hast nicht genug gelernt. Doch dabei wird komplett auf die große Diversität in der Rhetorik vergessen, die es jeder und jedem mit genug Training möglich macht,

sich aus noch so schwierigen Situationen einigermaßen gut herauszuwinden. Die Palette an rhetorischem Training ist riesig, doch so wie es momentan aussieht, wird nur ein kleiner Bruchteil aller Schüler_innen sie je kennenlernen.

Natürlich ist uns klar, dass momentan auch schon ein bisschen über Rhetorik geredet wird, dennoch ist dies nicht genug. Im Deutschunterricht gibt es sehr viel mehr Möglichkeiten Rhetorik zu erlernen, doch nur kaum eine wird genutzt. Als Schlüssel zu besseren Fähigkeiten sehen wir Referate, denn diese bringen einem von selbst bessere Kompetenzen im Bereich Rhetorik. Diese erhöhte Anzahl an Referaten soll als Empfehlung in den Lehrplan eingebaut sein, kann man doch bei einem Referat selbst als Zuschauer viel lernen. Mit den Referaten gehen zusätzliche Einheiten im Deutschunterricht zum Thema Rhetorik einher. Die Schüler_innen sollen also Rhetorik im regulären Unterricht lernen, dafür braucht es allerdings eine zusätzliche Ausbildung der Lehrer_innen, vor allem derer, die Deutsch unterrichten. Dies soll in das Lehramtsstudium eingebaut werden, die jetzigen Lehrer_innen sollen aber eine Fortbildung zu diesem Thema besuchen.

→ Wir fordern also, dass es in Zukunft eine erhöhte Anzahl an Referaten, und damit einhergehende Unterrichtseinheiten zum Thema Rhetorik gibt, um die Grundkompetenzen ausreichend und gut zu vermitteln. Zusätzlich dazu, sollen Deutschlehrer_innen eine Fortbildung zum Thema Rhetorik besuchen.

Workshops als Lösung

Abgesehen von den oben genannten Referaten, sollen Workshops ebenfalls ein Weg zum Ziel sein. In der Unter- und Oberstufe soll jeweils einmal ein ganztägiger Workshop mit schulexternen Personen und Lehrkräften stattfinden. Die Finanzierung dieser Workshops soll grundsätzlich durch Förderungen passieren, jedoch wäre es auch akzeptabel, wenn Schüler_innen einen kleinen Selbstbehalt zahlen müssten. Die Förderungen sollen anhand von der Anzahl der Schüler_innen, die dieses Jahr einen Workshop besuchen würden, jährlich neu errechnet werden. Falls eine Schule durch verschiedenen Faktoren nicht genug Geld für die Workshops bekommen hat, soll es möglich sein zusätzliche Förderungen zu beantragen. Die genannten schulexternen Personen müssen Profis im Bereich der Rhetorik sein. Das Bildungsministerium sollte eine Liste mit Trainer_innen erstellen, die ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis haben, und diese an die verschiedenen Schulen schicken. Anhand dieser Liste sollen die Schulen selber darüber entscheiden können, wen sie für die Workshops buchen. Nach einer größeren Anzahl an vorgetragenen Referaten und zwei Workshops, ist man nach der Matura schon durchaus bereiter, selbstbewusst ins Leben zu starten.

→ Wir fordern also, dass es in der Unter- und Oberstufe jeweils einen verpflichtenden Workshop mit schulexternen Personen (Rhetoriktrainer_innen) und

Lehrkräften zum Thema Rhetorik gibt, um das Niveau der Schüler_innen in diesem Bereich maßgeblich zu erhöhen.

A16

Antrag

Initiator*innen: Frederik Witjes

Titel: **Investment Kurs als Freifach für die Oberstufe**

Antragstext

Aktieninvestments werden in der Zukunft immer wichtiger als Ersatz für Ersparnisse, Rücklagen und Vergrößerung des Vermögens. Vor allem für junge Leute, denn sie suchen nach neuen Möglichkeiten ihre Ersparnisse zu erweitern und ihr Geld anzulegen. Investieren am Kapitalmarkt kann durchaus sehr gefährlich sein, insbesondere wenn man sich nicht genügend auskennt, denn dann kommt es einem Glücksspiel gleich. Deswegen braucht es unserer Meinung nach einen Kurs zum Thema Investmentmöglichkeiten mit Fokus auf Wertanlagen in Form von Aktien. Dieser Kurs soll als Freifach und ohne Benotung besucht werden können. Das Ziel soll es sein, jungen Menschen möglichst viel Expertise in diesem Themengebiet mitzugeben, und sie aber gleichzeitig auch vor potenziellen großen finanziellen Verlusten durch Unwissenheit, einigermaßen zu schützen. Denn die meisten Leute stoßen in ihrem Leben auf dieses Thema, die Mehrheit allerdings weiß kaum etwas darüber. Durch die negativen Schlagzeilen der vergangenen Jahre, werden Aktien von vielen als reines Glücksspiel und fast sogar als zwingender finanzieller Verlust gesehen.Wir Liberale glauben an die Stärken des freien Marktes, jedoch sind uns auch die Risiken bewusst die auftreten, wenn man ohne Wissen in Aktien investiert. Durch die Beschäftigung mit diesem Thema lernen Schüler_innen nicht nur etwas über Aktien, sondern auch über einige Grundprinzipien der freien Marktwirtschaft, wie z.B das Verhältnis von Angebot von Nachfrage.

→ Wir fordern, dass es ab der 9. Schulstufe ein neues Freifach zum Thema Aktieninvestment gibt, in dem Schüler_innen über die Grundprinzipien des investierens und der freien Marktwirtschaft lernen.

Ab der 9. Schulstufe Freifach zum Thema Aktieninvestment

Man kann zwar erst ab der Vollendung des 18. Lebensjahres komplett eigenständig ein Portfolio eröffnen, jedoch kann es nicht schaden, sich schon vorher mit dem Thema auseinanderzusetzen. Deswegen sind wir der Meinung, dass man ab Beginn der 9. Schulstufe das Freifach “Investmentmöglichkeiten mit Fokus auf Wertanlagen in Form von Aktien” besuchen können sollte. Das Freifach sollte mindestens einmal pro Woche als Doppelstunde stattfinden, und von jeder Oberstufe in Österreich angeboten werden. Eine Mindestanzahl an Schüler_innen ist nicht gegeben, diese kann von der Schule selbst festgelegt werden. Genauso soll jede Schule autonom entscheiden können, ob sie den Kurs öfter als eine Doppelstunde die Woche anbieten wollen.

→ Wir fordern, dass dieses Fach an allen Oberstufen Österreichs angeboten werden soll, und in mindestens einer Doppelstunde pro Woche stattfinden soll. Die Schulen sollen selber entscheiden können, ob es eine Mindestanzahl an Schüler_innen geben soll, und ob der Kurs öfter angeboten wird.

Ausarbeitung des Lehrplans für die verschiedenen Stufen

Der Lehrplan ist ein äußerst heikles Thema, da man bedenken muss, dass Schüler_innen möglicherweise auf Basis des in diesem Fach erlernten Wissens ihr Geld investieren werden. Daher sollte vom Bildungsministerium und vom Wirtschaftsministerium gemeinsam mit unabhängigen Experten eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung dieses Lehrplans bestellt werden.

Der Lehrplan muss die Grundformen des Investierens, Risiken und Chancen, Anlagemöglichkeiten, etc. umfassen. Heutzutage gibt es schon einige Möglichkeiten, sich mit dem Thema Aktieninvestment auseinanderzusetzen, ein gutes Beispiel dafür ist die realitätsgetreue Simulation des Aktienmarktes. Es gibt mehrere Apps, die ein Investment mit Spielgeld in den aktuellen Aktienmarkt möglich machen, mit diesem Tool kann man mit eigenen Augen sehen, wie schnell man Geld gewinnen und verlieren kann, und wie Investment nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch funktioniert. Bundesweit soll einheitlich eine App verwendet werden, die von der selben Arbeitsgruppe, die den Lehrplan erarbeitet, ausgewählt werden soll.

Das Freifach soll von Stufe zu Stufe aufbauend sein, jedoch muss auch für Schüler_innen die Möglichkeit bestehen, in einer späteren Stufe einzusteigen. Allerdings ist ebenfalls klar, dass auf später hinzukommende Schüler_innen nicht allzu viel Rücksicht genommen werden kann, da dies sonst der ganze Gruppe schaden könnte. Den Schüler_innen, die also nach der 9. Schulstufe dazu kommen, sollten also die Unterlagen des letzten Jahres zur Verfügung gestellt werden, abgesehen davon sollten sie entscheiden können, ob sie nicht doch den Kurs von der Stufe unter ihnen besuchen wollen.

Die Arbeitsgruppe soll zusätzlich Tests für die verschiedenen Stufen erstellen, die von den Schüler_innen freiwillig geschrieben werden können.

→ Wir fordern, dass das Bildungsministerium gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und unabhängigen Experten, einen Lehrplan für dieses Fach, und auch freiwillige Tests erarbeitet. Zusätzlich soll ein Tool ausgewählt werden, mit dem man Aktieninvestment mit Spielgeld verstehen und analysieren kann.

Ausbildung der Lehrer_innen dieses Faches

Es muss gewährleistet sein, dass die Lehrer_innen, die dieses Fach unterrichten, tatsächlich Ahnung von diesem Thema haben. Deswegen braucht es mehrer Fortbildungen für diese Lehrer_innen, die durch Förderungen vom Bildungsministerium, aber auch vom Wirtschaftsministerium finanziert werden sollen. Es soll so wenig Einschränkungen wie möglich bei den Unterrichtsmethoden geben, allerdings braucht es dafür eine gute Ausbildung der Lehrer_innen. Zusätzlich sollen alle Lehrer_innen die diese Fach unterrichten werden, eine verpflichtende Kompetenzüberprüfung durchlaufen müssen. Bei diesen Kompetenzüberprüfungen soll es nicht nur um relevante Inhalte gehen, sondern auch um die verschiedenen Tools die verwendet werden und wie man den Schüler_innen die Risiken und Chancen gut zu verstehen geben kann. Nach einer erfolgreichen Absolvierung dieser Überprüfung, haben alle Lehrer_innen das nötige Wissen, um den Schüler_innen mehr als nur die Grundlagen des investierens und auch des freien Marktes näherzubringen.

→ Wir fordern, dass das Bildungsministerium gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium Fort- und Ausbildungen für Lehrer_innen finanziert, und am Ende dieser Fortbildungen auch die erlernten Kompetenzen überprüft.

Schulautonome Finanzierung von Workshops

Es soll jeder Schule selbst überlassen sein, wie groß sie dieses neue Freifach bewerben werden. Allerdings ist die Mindestanforderung eine Aufklärung zu diesem Thema in jeder Klasse. Dann soll berechnet werden, wie viel Prozent der Schüler_innen der Oberstufe dieses Fach besuchen, daraufhin sollen Förderungen der beiden Ministerien anhand des Prozentsatzes ausgeschüttet werden. Von diesen Förderungen soll die Schule dann Workshops mit schulexternen Experten in diesem Freifach finanzieren. Es soll pro Stufe mindestens einen 2-stündigen Workshop pro Jahr geben, eine Maximalanzahl ist nicht gegeben. Je mehr die Schule also das Freifach “Investmentmöglichkeiten mit Fokus auf Aktien” fördert, desto mehr Geld soll sie bekommen.

→ Wir fordern, dass Schulen mit vielen Anmeldungen für dieses Freifach höhere Förderungen bekommen, um daraufhin Workshops mit schulexternen Personen häufiger und öfter anbieten zu können. Pro Jahr soll mindestens ein 2-stündiger Workshop pro Stufe stattfinden.

A17

Antrag

Initiator*innen: Felix Schnabl, Frederik Witjes

Titel: **Freiheit durch klare Kompetenzverteilung**

Antragstext

Derzeit herrscht im österreichischen Bildungssystem ein ausgewachsenes Kompetenzwirrwarr. Häufig ist unklar, wer wirklich für was zuständig ist. Von Schultyp zu Schultyp unterscheidet sich die Schulträgerschaft, und damit auch, wer für die Schule verantwortlich zeichnet. Das ist aus mehreren Gründen zutiefst problematisch.

Erstens scheint dieses System geradezu dazu prädestiniert, den politischen Einfluss der verschieden Entitäten zu garantieren. Dadurch, dass kaum jemand durchschaut, wer wirklich für was zuständig ist, ist auch die Kontrolle der einzelnen Akteure eingeschränkt - Undurchsichtigkeit ist der Freund der Mächtigen, da er der Feind der Kontrolle ist.

Zweitens verunmöglicht dieses Wirrwarr ambitionierte Reformen. Wenn zu viele am Tisch sitzen, geht irgendwann gar nichts mehr weiter. Zusätzlich entsteht durch dieses System eine Atmosphäre der Angst - im Zweifelsfall hat eine Direktion am wenigsten von den verschiedenen politischen Instanzen zu befürchten, wenn sie möglichst wenig veränderst. Diese Angst ist das genau Gegenteil unserer Vision einer freien Schule.

Den gordischen Knoten der verschiedenen Kompetenzen rund um die Schule muss man ein für alle mal zerschlagen. Ein effizientes Bildungssystem kommt mit zwei Ebenen aus: Eine bundesweiten Leitung und der Schule selbst. Beider Kompetenzen müssen klar definiert sein, um Sicherheit für Experimentierfreudigkeit zu schaffen.

Der Bund

Dem Bund fallen zwei zentrale Rollen zu: Die Finanzierung und die allgemeine pädagogische Leitung, also insbesondere die Gestaltung von Lehrplänen und der zentralen Prüfungen (mittlere Reife, Matura und Diplomprüfung). Während die Finanzierung eine in Essenz administrative Aufgabe ist, ist die allgemeine pädagogische Leitung eine inhärent politische.

Die Finanzierung soll dementsprechend zur Gänze und für alle Schultypen und Ebenen des Bildungssystem bei einem unpolitischen Gremium liegen. Hierbei gilt es zu garantieren, dass Mittel für Schulen anhand eines transparenten und nachvollziehbaren Index vergeben werden. Es sollen neben der Zahl an Schüler_innen und dem Schultyp auch die sozialen Herausforderungen der Schule berücksichtigt werden, zum Beispiel der Anteil an nicht deutschsprachigen Schüler_innen. Um echte Transparenz zu garantieren, soll jährlich der genaue Schlüssel publiziert werden. Privatschulen sollen hier keinerlei Diskriminierung erfahren.

Neben dieser administrativen Rolle soll der Bund auch die allgemeinen Ziele der Schulbildung festlegen. Hierfür eignen sich sowohl die Lehrpläne, als auch die Anforderungen, die in den zentralen Prüfungen an die Schüler_innen gestellt werden. Es geht hier um einen groben Rahmen, der den Standorten selbst Freiraum bietet. Die Lehrpläne sollten nicht mehr Verordnungen des Bildungsministeriums sein, sondern, um ihrer zentralen Bedeutung gerecht zu werden, durch den Nationalrat beschlossen werden müssen. Die dadurch gener Dadurch bekommen sie auch mehr mediale Aufmerksamkeit.

Die Schule

Der Schule selbst sollte die konkrete Umsetzung der im Lehrplan gegebenen Grundlinie obliegen. Hier ist die pädagogische Autonomie essentiell: Schulen sollten selbstständig die Fächerstruktur aufbrechen können, und neue Wege gehen, wenn es um die Art der Lehre geht. Die Abschlussprüfungen ermöglichen hier einen neutralen Kontrollpunkt.

Ebenfalls sollen sie über umfassende personelle Autonomie verfügen. Hier ist es aber besonders wichtig, dass neutrale und normierte Verfahren eingehalten werden. So lässt sich Fairness garantieren.

Als dritte Säule der Schulautonomie ist die finanzielle Autonomie zu sehen. Die Schulen sollten unabhängig von dem Ministerium ihr eigenes Budget verwenden. Hierbei ist es aber ebenfalls von großer Bedeutung, dass der Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) federführend eingebunden wird. Jedes Schulbudget soll von ihm genehmigt werden.

Auch die Gebäude und die Schulanlagen sollten in den Kompetenzbereich der Standorte selbst fallen. Es ist geradezu absurd, dass hier heute noch mit einer staatlichen Immobilienagentur, oder anderen staatsnahen Entitäten verhandelt werden muss. Private Trägerschaften sind hier auch zu bevorzugen, geben sie dem Standort selbst mehr Flexibilität.

Neubauten von staatlichen Schulen

In Österreich ist oft unklar, warum es zu einem staatlichen Neubau von Schulen kommt. Es scheint manchmal, dass hier politische Verbindungen, und der Wille mancher Politiker_innen, sich selbst mittels einer neuen Schule zu verewigen, wichtiger sind als objektive Kriterien.

Um dieses System aufzubrechen braucht es einen neuen Weg. In Zukunft sollte der Neubau von Schulen durch eine neutrale und unpolitische Stelle im Bildungsministerium beauftragt werden. Hierbei ist von der Anzahl der Schüler_innen pro Standort auszugehen, das Ziel sollte es sein, dass diese Kennzahl am gesamten Bundesgebiet ähnlich ist. Auch hier ist bedingungslose Transparenz essentiell, um dadurch Kontrolle zu ermöglichen.